Volkswille

ORGAN FUR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM. Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 265 | Gelsenkirchen, Mittwoch, den 12. November 1930 | 12. Jahrgang

Viel Lärm um nichts

Die Preissenkungsaktion bis jetzt nur Komödie

Die Brotfabriken weigern sich – Trotz Herabsetzung der Schweinepreise keine Senkung der Fleischpreise – Die Regierung berät weiter

Berlin, 11. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Seit der Fällung des Metallarbeiterschiedsspruches geht durch die Presse ein förmlicher Preisabbau-Tamtam. Wenn man die Schlagzeile der Blätter sieht, möchte man glauben, daß der langersehnte große Preisrutsch endlich Tatsache geworden ist. Bei genauerem Zusehen zeigt sich jedoch, daß von einem ernsthaften Preisabbau keine Rede sein kann. Binnen 24 Stunden ist der mit wüstem Alarm angekündigte Beginn des Preisabbaues schon wieder ins Stocken geraten. An allen Ecken und Enden gibt es Mißverständnisse. So soll der Brotpreis nicht von 50 auf 46 Pfennig, sondern nur auf 48 Pfg. gesenkt werden. Die Fleischer und Bäcker machen ihre Zusage zu einer kaum nennenswerten Verbilligung von allerhand Bindungen abhängig. Es ist hundert gegen ein zu wetten, daß binnen kurzem, wenn nicht die Regierung mit harter Faust dazwischen fährt, auf der ganzen Linie eine regelrechte Preisabbaukatzbalgerei losgeht. Die Arbeiterschaft sieht dem Lärm — ein Lärm um nichts — mißtrauisch gegenüber. Der Zweck des Getöses ist ja auch zu durchsichtig. Die bittere Pille des Schiedsspruches soll den Metallarbeitern und auch den übrigen Proleten Deutschlands etwas versüßt werden. Das Preisabbaugerede ist nichts anderes als der Ausdruck eines schlechten Gewissens, denn nur frommer Kinderglaube kann auf den Gedanken kommen, daß nunmehr ein Preisabbau erfolgt, der dem Lohnabbau gerecht wird. Die Arbeiterschaft tut daher gut, wenn sie überall bei den jetzt nach dem Berliner Metallarbeiter-Schiedsspruch neueinsetzenden Tarifverhandlungen sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefaßt macht. Die Unternehmer werden versuchen, die Schlichter auf die Lohnabbau-Richtlinien des Berliner Schiedsspruches in Höhe von 8 Prozent zu drängen. In den meisten Fällen werden die Schlichter und die Unternehmer zusammengehen, während die Arbeitnehmer den Schiedsspruch ablehnen müssen. Die Arbeitgeber werden Verbindlichkeitserklärungen beantragen und die Entscheidung in die Hand des Reichsarbeitsministers legen. Wird der Reichsarbeitsminister, der sich scharf gegen die maßlose Lohnsenkungspsychose der Arbeitgeber gewandt hat, bei seinen Entscheidungen zeigen, daß er von der Lohnsenkungspsychose frei ist oder wird auch er den achtprozentigen Lohnabbau der Berliner Metallindustrie zur Richtschnur nehmen? Wir fürchten, ja, obwohl er erklärt hat, wenn eine Lohnsenkung in einem Ausmaß von einer Milliarde durchgeführt werden soll, müsse eine Preissenkung im Ausmaß von 2½ bis 3 Milliarden erfolgen. Bis jetzt liegen die Dinge umgekehrt. Wir haben eine sehr fühlbare Lohnsenkung, die fühlbare Preissenkung dagegen läßt auf sich warten.

Auch christliche Gewerkschaftszeitungen stehen den Preissenkungsberatungen sehr skeptisch gegenüber. Sie verweisen darauf, daß z. B. an eine Senkung der Mieten ernsthaft nicht gedacht werden könne, da die Regierung die Altbaumieten den Neubaumieten anpassen wolle und die höhere Verzinsung der Aufwertungshypotheken überdies eine Mietssenkung illusorisch mache. Eine Senkung der Preise für Gas, Elektrizität und im Verkehr sei ebenfalls noch recht unwahrscheinlich, denn die Senkung dieser Preise bringe den Gemeinden starken Einnahmeausfall. Auch die vorgesehenen neuen Gemeindesteuern würden kaum zu einer Senkung beitragen. Wenn man das alles hört, muß man sich immer wieder fragen, warum man in Deutschland in dem Preisabbau nicht vorangeht, den man doch als erstrebenswert hinstellt.

*

Zur Brot- und Fleischpreisherabsetzung wird noch weiter gemeldet, daß bei den Verhandlungen, die das Reichsernährungsministerium mit den gewerblichen Verbänden hatte, übersehen wurde, daß gar keine gesetzliche Handhabe besteht, die Verkäufer nun auch zur Einhaltung der Vereinbarungen zu zwingen. Die Widerstände, die sich einer allgemeinen Herabsetzung des Fleischpreises wie auch des Brotpreises selbst in dem allzugeringen Ausmaß entgegenstellen, sind ungeheuer groß. So ist auf dem Berliner Schweinemarkt der Preis am Dienstag morgen bei einem Auftrieb von 19 000 Schweinen um 5 Reichsmark pro Zentner heruntergegangen. Da auch die Montag vereinbarte Verminderung der Preisspanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis 5 Pfg. pro Pfund ausmacht, hätte der Ladenpreis pro Pfund Schweinefleisch niedriger sein müssen. Eine Senkung der Schweinefleischpreise in den Schlächerläden ist aber nirgends eingetreten. Die Herabsetzung des Brotpreises in dem vereinbarten Ausmaß weigern sich vor allem zunächst die Berliner Brotfabriken mitzumachen.

Das Reichskabinett ist gestern abend um 9 Uhr noch zusammengetreten zu einer eingehenden Beratung über das Problem der Preisherabsetzung.



Der neue Reichswirtschaftsminister?

Der frühere volksparteiliche Abgeordnete v. Raumer ist als definitiver Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommen. Bekanntlich wird das Ministerium bisher von Staatsminister Trendelenburg nur provisorisch geleitet.

Der Berliner Schiedsspruch

verstößt gegen Treu und Glauben

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtbericht.) **Am Dienstag trat in Berlin der engere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes — Vorstand und Bezirksleiter — zusammen, um zu dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie und seine Auswirkungen Stellung zu nehmen. Die Beratungen dauerten bis in die späten Abendstunden. Sie werden am Mittwoch auf der Tagung des erweiterten Beirates, dessen Mitglieder telegraphisch nach Berlin beordert wurden, fortgesetzt werden. Der Verbandsvorsitzende Brandes erklärte in einem Rückblick über den Verlauf der Bewegung, es sei die einmütige Auffassung des Vorstandes, daß man nur ein Gefühl der Empörung** über den neuen Schiedsspruch haben könne, da er alle Erwartungen gewaltig enttäuscht habe. Der neue Schiedsspruch sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Nachdem der erste Spruch des Schlichters Dr. Völckers von der Metallarbeiterschaft einmütig abgelehnt und die Ablehnung durch einen opferreichen Streik nachdrücklich unterstrichen worden sei, habe es als unmöglich erscheinen müssen, daß der alte Schiedsspruch in der Entscheidung der Schlichterkammer wiederkehren wird, auch nicht in der Form einer Teilung, wie sie jetzt vorliege. Kein Mensch in Deutschland könne diesen Schiedsspruch verstehen, weil er alles unberücksichtigt lasse, was seit der Fällung des ersten Schiedsspruches sich abgespielt habe. Auch die dem Schiedsspruch beigegebene Begründung könne keineswegs befriedigen. Wenn in ihr darauf hingewiesen werde, daß der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schematisch auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden dürfe, so müsse demgegenüber hervorgehoben werden, daß der Verband sich in seiner Stellung gegen jeden Lohnabbau zumal dann, wenn dieser das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtert, nicht beirren lasse. Der Verband werde jeden nur möglichen Widerstand leisten. Daß es der Organisation bei dieser Haltung durchaus ernst sei, beweise der inzwischen erfolgte Ausstand der Metallarbeiter in Bielefeld. In der Aussprache des engeren Beirates wurde die vom Vorstand vertretene Auffassung nachdrücklich unterstrichen.



Die Wahlschlacht in Oesterreich

Propagandaautos und Stöße von Flugzetteln in den Straßen Wiens.

Steuervereinfachungsgesetz verabschiedet

Berlin, 11. Novbr. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner heutigen Abendsitzung den Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes, das dem Reichsrat unverzüglich zugehen wird.

Do X im Hafen Southampton

Calshot, 11. November. (Drahtmeldung.) Do X liegt im Hafen ungefähr 1 Kilometer von der Flugstation Calshot verankert. 800 hervorragende Persönlichkeiten aus ganz England haben das Boot besichtigt, darunter der Kommandant von Portsmouth, Sir Roger Keyes, Commander Ramsay, Vizeadmiral Donaldson, Captain Drummond und der vormalige Kriegsminister Washington Evans. Alle waren begeistert über das Flugschiff. Heute abend wurden 6000 Liter Benzin an Bord genommen, so daß das Schiff wieder flugklar ist. Die Motoren wie das ganze Schiff wurden eingehend kontrolliert, ohne daß sich irgendwelche Defekte oder Störungen ernsterer Natur gezeigt hätten. An Bord sind im ganzen 10 000 Liter Benzin und 250 Liter Oel. Voraussichtlich wird das Schiff am 13. oder 14. nach Bordeaux starten. Kapitän Christiansen, der Kommandant des „Do X" und die Mitglieder der Mannschaft des Flugschiffes beobachteten heute vormittag 11 Uhr das Zweiminuten-Schweigen zur Ehrung der Toten des Weltkrieges, indem sie barhäuptig auf einem der Schwimmer des Flugbootes Aufstellung nahmen. Die Flagge der deutschen Republik wehte halbmast vom Heck des Schiffes. Hunderte von Menschen beobachteten den Vorgang von kleinen Booten aus. Der britische Monitor „Medea" fuhr fast zur gleichen Zeit an die „Do X" heran; seine Mannschaft hatte auf Deck Aufstellung genommen. Als das Zweiminuten-Schweigen vorüber war, senkte „Do X" seine Flagge als Gruß für das britische Schiff, dessen Kapitän den Gruß erwiderte.

Eine geborstene Säule

Zehn Jahre Zuchthaus für den Obermusikmeister Adam

Der Herr Reichswehrminister Gröner hat Pech mit seiner Behauptung, daß in der Reichswehr alles in Ordnung sei. Nach dem großen Reichswehrprozeß jetzt der Spionageprozeß in Leipzig gegen den früheren Mindener Obermusikmeister Peter Adam und dessen Frau. Beide haben den französischen Behörden wertvolle Dokumente ausgeliefert. Obermusikmeister Peter Adam war ein streng nationaler Mann, eine Zierde des Nationalismus und nun werden die Nationalsozialisten etliche Jahre auf ihn verzichten müssen. Das Reichsgericht verurteilte Adam gestern zu 10 Jahren Zuchthaus und seine Ehefrau zu 6 Jahren Zuchthaus. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre abgesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Adam 12 Jahre und gegen seine Frau 6 Jahre Zuchthaus und je 10 Jahre Ehrverlust beantragt und darauf hingewiesen, daß die den Franzosen überlieferten Druckschriften große Bedeutung für die Franzosen gehabt haben müssen, denn die Gesamtsumme, die Adam und seine Frau erhalten, liege nicht unter 12 000 Mark. Wenn man wisse, was der französische Nachrichtendienst im allgemeinen zahle, so sehe man daraus, wie wertvoll den Franzosen das überlieferte Material gewesen sei. Die der Frau Adam abgenommene Summe von 900 Mark und der Wert von Spionagegeldern in Höhe von 1200 Mark wurden für verfallen erklärt und ein beschlagnahmter Photographenapparat eingezogen.

Hilfe für Hochwassergebiete

Berlin, 11. November. (Drahtmeldung.) Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beriet am Dienstag die von den einzelnen Fraktionen eingebrachten Anträge über Hilfsmaßnahmen gegen die Unwetterschäden in den Provinzen Oberschlesien, Niederschlesien, Brandenburg und Grenzmark. Abg. Metzenthin legte in Zusammenfassung der Anträge ein Hilfsaktionsprogramm vor, das Maßnahmen zur Behebung der unmittelbaren Not und Vorbeugungsmaßnahmen gegen künftige Ueberschwemmungskatastrophen vorsieht. Ueberall dort soll eine Notstandsaktion eingeleitet werden, wo allgemeine Nöte bestehen, die von örtlicher Stelle aus nicht behoben werden können, und wonach ein Ersatz der Schäden bei Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz eintreten soll. In der Aussprache erklärte die Regierung, daß sich die Schäden ziffernmäßig noch nicht übersehen ließen, und daß Verhandlungen der preußischen Ressorts mit der Reichsregierung und der Reichsbahn in den nächsten Tagen stattfinden würden. Die Vorschläge des Berichterstatters Metzenthin wurden mit einigen Ergänzungen angenommen. Anstelle von Hochwasserhilfen sollen in Notfällen verlorene Beihilfen gewährt werden.

Neuer Friedensbund

Senatspräsident Freymuth und seine Freunde, die dieser Tage aus der Deutschen Friedens-Gesellschaft ausgetreten sind, haben am Sonntag einen Aufruf an die Oeffentlichkeit erlassen zur Gründung eines neuen Friedensbundes. Aus dem Aufruf geht hervor, daß nun neben der Deutschen Friedensgesellschaft noch eine zweite Organisation pazifistische Gedankengänge vertreten soll. Der Aufruf beruft sich u. a. darauf, daß auch Professor Quidde sich dem neu gegründeten Friedensbund, dessen Name noch nicht endgültig feststieht, angeschlossen habe.

Verwaltungsreform

Zusammenfassung kleiner Landkreise

Berlin, 11. November. (Drahtmeldung.) Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind im Preußischen Ministerium des Innern Vorarbeiten im Gange, um im Interesse einer Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung eine Zusammenfassung einer Reihe kleiner Landkreise zu größeren und leistungsfähigen Verwaltungsbezirken zu erzielen. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß noch im Laufe der Legislaturperiode des jetzigen Landtages die Reformen zum Abschluß gebracht werden können.

Kitzlige Fragen an die Nazis

Offene Anfrage führende Nationalökonomen an die nationalsozialistische Reichstagsfraktion

Berlin, 10. November. (Eig. Meldung.) Die bekannten Nationalökonomen Professor Heinrich Herkner-Berlin, Professor Alfred Weber-Heidelberg, Professor Christian Eckert-Köln und Professor Götz Briefs-Berlin haben unter Bezugnahme auf die dem Reichstag vorliegenden wirtschaftspolitischen Anträge der nationalsozialistischen Partei die folgende Offene Anfrage an die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gerichtet:

Brechung der Zinsknechtschaft durch Einschränkung des Zinsfußes auf 4 Prozent zuzüglich einer Amortisationsrate von 1 Prozent, Tilgung der Schuld nach spätestens 50 Jahren.

Die Begrenzung des Zinsfußes auf 4 Prozent würde die Sparkassen, Banken usw. zwingen, höchstens 2½ Prozent auf Einlagen zu vergüten, da ja die Kosten der Verwaltung und Risikoprämien nicht vernachlässigt werden dürfen. Wodurch soll nun vermieden werden, daß die Einkommen der kleinen Sparer und der Rentner zu Gunsten der Schuldner — unter denen sich ja auch große Unternehmer befinden — konfiziert werden? Wodurch soll es verhindert werden, daß bei einer Begrenzung des Zinsfußes auf 4 Prozent die Lebensversicherungsanstalten genötigt werden, ihre Tarife zu ändern und die den Versicherten versprochenen Renten vielleicht bis zu 50 Proz. zu kürzen. Wie soll die Schmälerung der Finanzkraft unserer Sozialversicherungs-Institute, soweit sie auf Zinseinnahmen ruht, ausgeglichen werden? Wie wäre es zu vermeiden, daß künftighin nicht jeder Gewerbetreibende und Kaufmann auf Grund seiner Vertrauenswürdigkeit und seines Geschäftsganges bei einem Geldinstitut Kredit finden würde, sondern, daß er — bei der raschen Steigerung der Kreditnachfrage infolge Senkung des Zinsfußes — von der Gnade oder der Wohlmeinung des Geldgebers völlig abhängig wäre? Soll dieser Zinssatz von 4 Prozent auch gegenüber Auslandsanleihen gelten? Sollen alle laufenden Auslandsanleihen gekündigt und auf 4 Prozent konvertiert werden, und welche Maßnahmen sind vorgesehen, wenn die Gläubiger Rückzahlung des dargeliehenen Kapitals vorziehen? Soll das Gesetz nur gegenüber deutschen Gläubigern, also deutschen Sparern gelten, nicht aber gegenüber ausländischen? Welche Mittel sind zu diesem Falle in Aussicht genommen, um die Abwanderung deutschen Kapitals ins Ausland zum Zweck der Erzielung einer höheren Verzinsung, — eventuell in der Form ausländischer Anleihen in Deutschland selbst — zu verhindern? Wie soll den Wirkungen einer solchen Kapitalflucht begegnet werden, die um so größer sein müßte, als dieser Umweg dem deutschen Sparer — auch dem kleinsten — nicht nur größere Sicherheit, sondern auch weit höhere Verzinsung bringen würde, während gegenwärtig der hohe Zins in Deutschland das Geld im Lande hält?

Verbot des Börsenhandels mit Effekten

Wie soll bei einem Verbot des Börsenhandels die Gründung neuer Aktiengesellschaften, die Auflegung neuer Aktien bei bestehenden Gesellschaften, d. h. die Geldbeschaffung für die Industrie in der modernen Rechtsformen ermöglicht werden? Wie soll verhindert werden, daß die ausländischen Börsen weiter deutsche Aktien handeln und so die deutschen Aktienbesitzer an sich ziehen? Oder wie sollen die noch größeren Schäden abgewehrt werden, die daraus entstehen könnten, daß die ausländischen Börsen die deutschen Aktien von ihrem Kurszettel streichen, wie soll es verhindert werden, daß die deutschen Sparer, welche ihr Vermögen in Aktien angelegt haben, durch Einstellung des Börsenhandels gezwungen wären, im Falle einer Notlage ihren Aktienbesitz mit großen Verlusten an Winkelspekulanten abzustoßen? Wodurch sollen die Schäden von der deutschen Industrie abgewehrt werden, welche die Folgen einer Zerstörung ihrer komplizierten Verpflechtung mit dem Kapitalmarkt wären? Wie sollte dieser Kapitalmarkt ohne den börsenmäßigen Effektenhandel funktionieren, wie könnte der vermehrten Arbeitslosigkeit gesteuert werden, die im Zuge schwierigerer Kapitalbeschaffung unvermeidlich wäre.

Da wir nicht daran zweifeln, daß die Wirtschafts- und Finanzsachverständigen der Nationalsozialistischen Partei in reiflicher Ueberlegung aller Konsequenzen ihrer Anträge auch die Mittel und Wege vor Augen haben, um diese unseres Erachtens notwendig eintretenden lebensgefährdeten Schädigungen der gesamten Volkswirtschaft abzuwehren, würden wir es im Interesse der Oeffentlichkeit für sehr wünschenswert halten, wenn diese Fragen alsbald von den zuständigen Wortführern der Nationalsozialistischen Partei geklärt würden.

Was wird in Thüringen?

Der Konflikt mit den Nazis

Weimar, 11. November. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag kam es im Thüringischen Landtag zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Deutscher Volkspartei, Wirtschaftspartei und den Nationalsozialisten. Der volksparteiliche Redner warf den Nationalsozialisten vor, daß es ihnen gar nicht ernstlich darum zu tun sei, Thüringen zu helfen, obwohl sie sich immer als Retter Thüringens aufspielten. Das Wohl ihrer Partei läge den Nationalsozialisten mehr am Herzen als das Wohl des Landes. Die Nazis wollten nur die gegenwärtige günstige Situation ausnutzen, daher ihr Antrag, die Volkspartei zu zwingen, Farbe zu bekennen. Die Volkspartei könne dem Antrag der Nationalsozialisten nicht zustimmen. Als darauf der sozialdemokratische Abgeordnete Gründler zum Wort kam und eine Anzahl nationalsozialistischer Fälschungen aus früheren Sitzungen richtig stellte, bedrohte der Naziabgeordnete Sauckel den Abgeordneten Gründler mit Prügel und forderte ihn auf, mit hinaus zu kommen. Sauckel wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Wie die Abstimmungen ausfallen werden, steht noch nicht fest. Bisher haben sich alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Nazis gegen eine Landtagsauflösung ausgesprochen.

Die Abstimmung über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten und über die Auflösung des Thüringischen Landtages wurde auf Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion auf den 14. November vertagt.

Fricks neue Niederlage

Das Todesopfer der Frickhetze

Jena, 11. Novb. (Eig. Drahtber.) Das Erweiterte Schöffengericht in Jena verhandelte am Dienstag auf Antrag des Naziministers Frick einen Beleidigungsprozeß gegen den sozialdemokratischen Redakteur Roßmann in Jena, der zum Tode des sozialdemokratischen Landrates Böhme aus Altenburg unter dem Titel „Todesopfer der Frickhetze" geschrieben hatte, Böhme sei nicht zuletzt ein Opfer des Hasses und der Vernichtungssucht seiner politischen Gegner geworden. Die Beweisaufnahme in dem Prozeß ergab einwandfrei, daß Landrat Böhme telegraphisch nach Weimar bestellt worden ist, wunschgemäß auch um 5 Uhr nachmittags eintraf und ihm gegen Quittung durch einen Beamten gegen 7 Uhr die Urkunde über seine Versetzung in den Wartestand überreicht wurde, obwohl der Altenburger Kreisrat und Gemeinderat einstimmig gegen den Abbau protestiert hatten und auch die bürgerliche Presse die vorbildliche Tätigkeit des Genossen Böhme eindeutig festgestellt hatte. Auf der Heimfahrt hat Genosse Böhme infolge der Aufregung einen leichten Schlaganfall erlitten, von dem er sich nicht erholte, so daß er am 8. Juli einem zweiten Schlaganfall erlag. Der Arzt, der den Genossen Böhme behandelte, unterstrich als Zeuge und Sachverständiger, daß der schnelle Tod des Genossen Böhme durchaus in ursächlichem Zusammenhang mit der vorhergehenden Aufregung stehen könne. Die Verteidigung weist eindeutig die Ungesetzlichkeit der Handlungsweise der thüringischen Regierung nach und Genosse Roßmann führte u. a. den Ausspruch Fricks an: Mit Marxisten gebe es kein Paktieren. Mit Verbrechern gebe es keine Auseinandersetzung, sondern nur den Knockout. Roßmann zitierte ferner die Reichstagsreden des Naziministers Frick, in denen er die Straffreiheit der Erzbergermörder gefordert hatte. Es komme den Nazis auf die physische Vernichtung ihrer politischen Gegner an. Wenn von Haß und brutalem Vernichtungswillen in dem Artikel gesprochen worden sei, so sei das noch milder formuliert, als Frick seine Absichten selbst kungetan habe. Frick sei übrigens nur beleidigt, wenn ihm Haß und Vernichtungswille in der sozialdemokratischen Presse nachgewiesen werde. Bei den Nazis sei sonst der ein Held, der die Marxisten am ärgsten hasse und sie vernichte. Die thüringische Regierung stellte trotz Aufforderung des Gerichts dem als Zeuge in Frage kommenden Ministerialdirektor die Aussagegenehmigung nicht frei. Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 50 Mark. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Haltung der thüringischen Regierung dem Gericht eine Prüfung, ob der Abbau des Landrates Böhme ungesetzlich sei, ebensowenig ermöglicht habe, wie eine Untersuchung, ob man den Landrat unwürdig behandelt habe und nicht erweisliche wahre Tatsachen in dem fraglichen Artikel behauptet worden seien. Formale Beleidigungen enthalte der Artikel des Genossen Roßmann nicht. Er habe auch im Sinne des Gesetzes in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Dieselben Gesichtspunkte gelten für die beiden Briefe des Bezirksvorstandes und der Landtagsfraktion, doch seien die Wendungen „Putschist Frick" und „Faschismus" formale Beleidigungen, wegen denen eine Verurteilung erfolgen müsse.

Fünf Monate Gefängnis für den Ueberfall auf Zörgiebel

Berlin, 11. Nov. (Drahtmeldung.) Wegen des Ueberfalls auf den früheren Polizeipräsidenten Zörgiebel im Gerichtssaal wurde heute der Schneider Heidrich vom Schnellschöffengericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt. Wie gemeldet, hat Heidrich vorigen Freitag vor der Großen Strafkammer des Landgerichts II dem als Zeugen vernommenen Polizeipräsidenten a. D. mit der Faust ins Gesicht geschlagen, wofür er zunächst zu drei Tagen Haft wegen Ungebühr vor Gericht verurteilt wurde. Nach dem Urteil wird Heidrich in Anbetracht seiner Jugend und bisherigen Unbestraftheit mit der weiteren Haft verschont, wenn er sich der sozialen Gerichtshilfe unterstellt.

Nr. 265 12. Jhrag. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 12. November 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Radfahrer, benutzt die Radfahrwege!

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß die Radfahrwege von den Radfahrern nicht benutzt werden. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß als solche bezeichnete Radfahrwege — soweit sie vorhanden sind — benutzt werden müssen, auch wenn sie in der Fahrtrichtung links gelegen sind. Um Strafen zu vermeiden, werden alle Radfahrer dringend ermahnt, diese Vorschrift zu befolgen.

Und willst du dich vor Straf' bewahren,
Mußt du die Radfahrweg' befahren.

Neuer Gleisoberbau

Für die Straßenbahnlinie 7 nach Essen ist auf der Reihe die Gleisbettung in den letzten Monaten völlig erneuert worden. Beim seinerzeitigen zweigleisigen Ausbau wurden statt Holz- oder Stahlschwellen innerhalb des Grünstreifens Betonschwellen in Längsrichtung unter die Schienen gepackt. Die Art Oberbau hat sich jedoch nicht bewährt. Dazu hat der strenge Winter 1928-29 den Straßenbahnen eine besondere Erfahrung beschert: Durch den über einen Meter tief eingedrungenen Frost und die dadurch bewirkte Ausdehnung des Bodens quoll die Mutterbodendecke mit dem Rasen zwischen und neben den Gleisen auf, daß die Schutzrahmen daran zerbrachen, oder die Wagen durch die tiefsitzenden Schutzrahmen entweder aus den Gleisen gehoben wurden oder festzusitzen kamen. Deshalb sind bei dem notwendig gewordenen Umbau neue Hartholzschwellen mit offener Schotterung, ohne Rasendecke zwischen den Schienen, als neuer Oberbau angewendet. An der Haltestelle Grüner Weg sind als letzte der Arbeiten die Haltestelleninsel sowohl als auch die Fahrdammgrenzen zum Grünen Weg mit roter Ziegelasche bedeckt, und zwischen die Gleise ist ein Zaun gesetzt. Die Sicherheit dieser Haltestelle ist dadurch sorglich betont. — Ein ähnlicher Zaun wäre auch vor dem Stadtgarteneingang der Haltestelle Zeppelinallee angebracht.

Heute letzter Ausstellungstag!

Die Ausstellung „Küche und Keller" wird heute abend endgültig geschlossen. Eine weitere Verlängerung findet auf keinen Fall statt. Es ist daher nur noch heute Gelegenheit, diese Ausstellung, die soviel Interesse erweckt und überall Anklang gefunden hat, zu besuchen.

Kinder zur Erholung

nach Landsberg, Berleberg und Bomst.

Diejenigen Kinder, die wieder in ihre alten Stellen bei den Landwirten in Landsberg, Berleberg und Bomst zurückkehren wollen, haben sich umgehend auf dem Städtischen Jugendamt, Rathaus Buer, Zimmer 107, anzumelden. Der Transport soll nach Möglichkeit am Montag, dem 17. dieses Monats, abgehen.

Wiedererschließung alter Siegerländer Blei- und Silberbergwerke

Im mittleren Siegerland, in der Nähe von Niederfischbach, liegt ein großes Blei- und Silbererzbecken, das vor über hundert Jahren schon mit damals primitiven Mitteln zum Teil ausgebeutet wurde. In den neunziger Jahren gingen die meisten dieser Gruben ein, da die Ausbeute zu kostspielig wurde. Da die Erzlager jedoch nach den angestellten Untersuchungen noch sehr umfangreich sind, und gerade Blei und Silber begehrt werden, will man jetzt, nachdem sich eine Interessengemeinschaft gefunden hat, die die Sache finanziert, wieder mit den Förderarbeiten beginnen. Als erste Grube soll die bei Niederfischbach gelegene Belona-Grube in Angriff genommen werden. Man hofft dort wieder eine größere Anzahl Bergleute beschäftigen zu können.

Pfändbarkeit von Dienstbezügen der Beamten

Der eheliche Sohn und die Ehefrau eines Polizeibeamten hatten ein Versäumnisurteil erstritten, wonach der Polizeibeamte B. 400 RM Unterhaltsgelder für seinen ehelichen Sohn und seine Ehefrau zu zahlen hatte. Es war nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz auch beantragt worden, die Bezüge des Polizeibeamten zu pfänden und zur Einziehung der Frau und dem Sohne zu überweisen. Abweichend vom Amtsgericht, erachtete das Landgericht in Nürnberg die restlose Pfändung der Dienstbezüge des Polizeibeamten als Unterhaltsansprüche seiner Ehefrau und seines Sohnes für zulässig. Es führte in einem Urteil vom 24. April 1930 aus: Nach § 850 (4) der Zivilprozeßordnung könnten die Dienstbezüge des Beamten unbeschränkt gepfändet werden, falls die Pfandung wegen der einem Ehegatten und einem ehelichen Kinde für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das vorangehende letzte Quartal die gesetzlichen Unterhaltsbeiträge gefordert werden. Eine Beschränkung der Pfandung sei nur zulässig, sofern erwiesen sei, daß das Einkommen, dessen Pfändung verlangt werde, als einziges Vermögen in Betracht komme, mit dem der Beamte seinen Unterhalt bestreiten könne. Besitze der Beamte noch anderes Vermögen, so sei sein Diensteinkommen restlos pfändbar. In dieser Hinsicht habe der betreffende Beamte einen Beweis nicht angetreten, obschon ihm das Gericht das nahegelegt habe. Mithin habe das Landgericht unter Aufhebung des Beschlusses des Amtsgerichts das ganze Diensteinkommen des Polizeibeamten **hinsichtlich** der Unterhaltsforderung für pfändbar erachtet.

Gehaltsabbau und Allgemeiner Beamtenbund

Der Bezirksvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat sich in seiner am 6. November dieses Jahres in Köln stattgefundenen Sitzung eingehend mit den beamtenpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung beschäftigt.

Er wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die allgemeinen Gehalts- und Lohnabbaupläne, deren soziale Ungerechtigkeit durch den gleichmäßigen 6prozentigen Abbau aller Beamtengehälter gekennzeichnet wird.

Der Bezirksvorstand stellt sich auf den Boden der Beamtenbundpolitik, wie sie von dem Vorstand des ADB. vertreten und vom Bundeskongreß 1930 des ADB. nachdrücklichst gebilligt worden ist. Er erwartet vom Bundesvorstand ein entschiedenes Festhalten an der Abwehraktion gegenüber der einseitigen kapitalistischen Finanzpolitik der Regierung Brüning.

Von seinen Mitgliedern erwartet er die geschlossene Abwehr, Schulter an Schulter mit den Arbeitern und Angestellten gegen alle sozial-reaktionären Einflüsse, die sich besonders in der gegenwärtigen politischen Lage zum Schaden der großen Massen unseres Volkes auswirken.

Wie behandeln wir den Schornstein?

Gas- und Kohlenkamine sind gesondert zu halten / Gemeinschaftsarbeit zwischen Architekten, Baufachleuten, Installateuren, Schornsteinfegern, Baupolizei und Gaswerk

Eine Aussprache in Gelsenkirchen.

Im Nachgang zu Verhandlungen, die vor einiger Zeit zwischen leitenden Persönlichkeiten der vorgenannten Organisationen wegen der baupolizeilichen Bestimmungen über Kamine stattgefunden haben, waren von der hiesigen Baupolizei am 4. dieses Monats, um 17 Uhr, die an dieser Frage insgesamt interessierten Kreise zu einer Aussprache eingeladen. Den einleitenden Vortrag hielt Herr Oberingenieur Albrecht von der Zentrale für Gasverwertung, E. V., Berlin. Aus der Tatsache, daß etwa 70 Herren der Einladung gefolgt waren, kann man schließen, welches Interesse von den genannten Berufszweigen dieser Materie entgegengebracht wird.

Aus Zeichnungen im Lichtbilde ersieht man, wie die Verbrennungsgase im Kohlenofen und im Gasgerät ihren Weg zum Schornstein nehmen. Während bei der Kohlenfeuerstätte ein kräftiger Schornsteinzug vorhanden sein muß, um die Kohle vollkommen zur Verbrennung zu bringen, ist die Gasflamme möglichst vom Schornsteinzug freizuhalten, da die Flamme sich selbst beim Austreten aus der Düse die erforderliche Luft zur vollkommenen Verbrennung ansaugt. Deshalb ist grundsätzlich auch ein Unterschied zu machen zwischen den Verbrennungsgasen bei Kohle und bei Gas. Bei Kohlenfeuerstätten bildet sich infolge mangels an Luft für das Feuer häufig in erheblichen Mengen Ruß oder gar Kohlenoxyd in den Verbrennungsgasen, ein Uebel, das bei der notwendigen Unabhängigkeit vom Schornsteinzug bei Gas kaum in die Erscheinung tritt. Zum besseren Verständnis wird deshalb zweckmäßig zwischen Rauchgasen bzw. Rauchrohr bei Kohlenfeuerstätten und Abgasen bzw. Abgasrohr bei Gasfeuerstätten unterschieden. Der Zugunterbrecher in der Abgasleitung macht die Gasflamme vom Schornsteinzug unabhängig und verhindert zugleich ein Ausblasen der Flamme durch unerwünschte Windstöße in den Schornstein hinein. Dieser Zugunterbrecher ist jedoch nicht überall nötig, sondern vor allem dort, wo Windstöße und besondere Windströmungen auftreten, d. h. im bergigen Gelände, an der Küste oder im Falle vorgelagerter größerer Gebäude. Es gilt also, die

Windverhältnisse um das Haus jeweils zu prüfen,

Der Vortragende zeigte in diesem Rahmen die besonders den Architekten interessierenden Windströmungsbilder um das Haus herum bei den verschiedensten Formen des Hauses, verschiedenen Dachkonstruktionen mit und ohne Schornstein, diesen unter und über Dachfirst gezogen. Diese Bilder werden demnächst auch in Fachzeitschriften veröffentlicht werden und sind für Abzugsfragen von allergrößter Bedeutung. In Erkenntnis der Wichtigkeit einer einwandfreien Abgasführung von Gasfeuerstätten sei im ganzen schon eine sehr ansehnliche Summe Geldes für Versuche wissenschaftlicher und praktischer Art zur Klärung der auftretenden Fragen ausgegeben worden. Und wenn auch nicht jeder einzelne Fall behandelt werden kann, so ist man sich doch über die hauptsächlichsten Punkte jetzt im klaren, und es ist heute eine weitest gehende Sicherheit bei der Verwendung von Gasgeräten gewährleistet.

In der folgenden Diskussion konnte Herr Stadtbaumeister Bonn feststellen, daß nach dem Gehörten kaum noch größere Meinungsverschiedenheiten über die

Errichtung von Gaskaminen

zwischen den einzelnen interessierten Kreisen bestünden. Es müßte begrüßt werden, daß von seiten der Gasindustrie durch Versuche und Belehrungen alles getan wird, um den Forderungen der Behörde nach Sicherheit nachzukommen. Wenn auch keine Gefahren bestünden bei der Abführung von Rauchgasen aus Kohlenfeuerstätten in denselben Schornstein, so ist doch das zweckmäßigste, daß der Architekt beim Neubau genügend viele Schornsteine vorsieht, so daß Gas- und Kohlenfeuerstätte gesondert an die Kamine angeschlossen werden kann. Im übrigen bestände auch schon hier

in Gelsenkirchen die Anordnung, daß der Kamin im Rohbau polizeilich abgenommen werden müsse, und daß auch reine Gasschornsteine wenigstens zweimal im Jahr zu kehren sind.

Herr Beigeordneter Baurat Fuchslocher begrüßt im Namen der Stadt und als Vorsteher der Baupolizei die Aufnahme derartiger gemeinsamer Aussprachen und Verhandlungen zur endgültigen Klärung dieser für die Oeffentlichkeit so wichtigen Abgasfrage. — Im Anschluß hieran sprachen leitende Persönlichkeiten der anderen vertretenen Berufsgruppen und wiesen neben wichtigen technischen Punkten auf die Notwendigkeit einer weiteren Gemeinschaftsarbeit hin.

Es dankte sodann Herr Generaldirektor Schomburg von den GWE.-Werken dem Vortragenden und zugleich den Anwesenden für das erwiesene Interesse. Er schilderte, wie sich heute trotz der wirtschaftlichen Nöte selbst größere Unternehmungen mehr und mehr auf Gas umstellten. Es zeige die Erkenntnis, daß die Verwendung von Gas in Haushalt, Gewerbe und Industrie sehr vorteilhaft sei. Außer dem Vorzug, den das Gas bei seinem Gebrauch in der Küche und zur Warmwasserbereitung genieße, werde es heute vor allem mit großem Vorteil zu Heizzwecken benutzt. Desgleichen verwendet man es in gesteigertem Maße in der Waschküche und zu Trockenzwecken. Es besteht kein Zweifel, daß sich das Gas somit mehr und mehr im Hause einführt und seiner vielen Vorzüge wegen als idealer Brennstoff bald die Wärmequelle der Zukunft, besonders in hiesigen Bezirken, sein wird.

Zum Schluß brachte Herr Baurat Fuchslocher zum Ausdruck, daß vor allem der Architekt diesen vorgeschilderten Verhältnissen der vorteilhaften und heute sicheren Verwendung des Gases im Hause und damit dem Fortschritt der technischen Inneneinrichtung Rechnung tragen müßte. Auf seine Anfrage erklärte man sich weiterhin zu der angeregten Gemeinschaftsarbeit allgemein gern bereit, die also fortan von der Baupolizei gern gepflegt werden würde. Er sprach sodann dem Vortragenden seinen Dank für die allgemein sehr interessierenden Ausführungen aus und schloß den Vortragsabend.

Abbau der Kartoffelpreise und die Reichsbahnfracht

Die Reichsbahn schreibt:

In Pressemitteilungen ist von interessierter Seite ausgeführt worden, daß eine Senkung der Preise für Speisekartoffeln von einer vorherigen Senkung der Kartoffelfrachten abhängig gemacht werden müßte. Von zuständiger Seite erfahren wir, daß die Wagenladungsfrachten für einen Zentner Speisekartoffeln nach den derzeitigen Gütertarifen z. B. beim Bezug

auf eine Entfernung von 100 Kilometer 16,5 Rpf,
auf eine Entfernung von 200 Kilometer 27,5 Rpf,
von Hannover nach Wanne-Eickel, gleich 231 Kilometer, 30,5 Rpf,
von Frankfurt Oder nach Wanne-Eickel, gleich 581 Kilometer, 58 Rpf,

also im Durchschnitt 33 Rpf für den Zentner betragen.

Unter Zugrundelegung eines Kleinhandelspreises von 3,60 RM für den Zentner beträgt der Frachtanteil für die gesamten Beförderungsstrecken nur rund 9 Prozent. Selbst eine 20prozentige Frachtsenkung würde — wenn sie trotz der finanziellen Lage der Reichsbahn durchführbar wäre — die Frachtkosten von 33 Pfennig nur auf 26 Pfennig senken.

Der Hausfrau wird also eine Preissenkung, wenn sie von niedrigeren Frachten abhängig gemacht werden soll, selbst bei einer erheblichen Frachtkürzung von 20 Prozent nur 6,5 Pfennig Ersparnis auf den Zentner Kartoffeln bringen. Die zur Preissenkung berufenen Kreise müßten sich also schon überlegen, wie durch andere Maßnahmen die Kartoffelpreise gesenkt werden können.

Auch selbst das von dem Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler letzthin in der Presse angeführte Beispiel, daß eine Kartoffelstückgutsendung aus der Gegend von Wriezen mit 75 Prozent Frachtkosten belastet sei, ist nicht geeignet, zu begründen, daß eine Senkung der Kartoffelpreise nur nach vorherigem Frachtenabbau möglich sei. Dieses Beispiel ist konstruiert für den Fall, daß sich ein Bezieher selbst Kartoffeln zentnerweise einzeln als Stückgut senden läßt.

Daß die Fracht für eine solche Stückgutsendung höher ist, als der frachtweise Kartoffelbezug in geschlossenen Wagenladungen, ist schon von jeher so gewesen und auch kaum anders möglich. Deshalb beziehen ja die Händler die Kartoffeln zu den weit niedrigeren Frachtsätzen in Wagenladungen.

*

Zu den vorstehenden Ausführungen möchten wir bemerken, daß gewiß die Frachtkosten hohe sind. Aber sie beeinflussen die Höhe des Kartoffelpreises längst nicht so, wie es die Händlergewinne tun. Das beweist die Tatsache, daß der Produzentenpreis für Kartoffeln in den Kartoffelgebieten sehr niedrig ist. Er beträgt unter einer Reichsmark bis 1,50 RM pro Zentner. Hier im Industriegebiet muß aber der Verbraucher 3 bis 3,50 RM bezahlen.

Bekanntmachung

Der Ueberweg der Katernbergstraße (Strecke Katernberg Nord bis Gelsenkirchen-Heßler) wird vom 11. dieses Monats, 7 Uhr, bis zum 12. dieses Monats, 18 Uhr, wegen Gleisarbeiten für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt.

Umleitung durch Heßler Straße (Gelsenkirchen), Grenzstraße (Essen), Emscherstraße (Essen), Bruchstraße (Essen) und Heßler Straße (Essen).

Gleichfalls wegen Gleisarbeiten wird der Ueberweg der Heßler Straße (Strecke Katernberg Nord bis Gelsenkirchen-Heßler) in Gelsenkirchen vom 13. dieses Monats, 7 Uhr, bis 14. dieses Monats, 18 Uhr, für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt.

Umleitung durch Kanzler- und Reichsstraße.

Selbstmordversuch. Der Bergmann Fritz O. versuchte am Sonntagabend mehrere Male, sich mit einem Radiodraht in dem Männerasyl Taubstraße zu erhängen. Der Lebensmüde wurde der Polizeiwache zugeführt.

Gefaßter Betrüger. Ein Mann verstand es, sich bei der Firma Alsberg auf von ihm gefälschte Gutscheine Lebensmittel im Betrage von rund 100 RM zu erwerben. Der Schwindel wurde jedoch entdeckt, und bei einer polizeilichen Haussuchung wurden die Lebensmittel bei ihm vorgefunden. Der Mann wird sich wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten haben.

Schwerer Motorradunfall am Bismarckhain. Am Montagabend, kurz nach 6 Uhr, fuhr der Motorradfahrer Ivanek, Erle, Weststraße, mit voller Wucht auf einen unbeleuchteten Bäckerwagen auf. Der Motorradfahrer trug sehr schwere Verletzungen am Kopf davon, so daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Motorrad wurde vollkommen zertrümmert.

Ueberfälle. In der Nacht zum Sonntag wurde eine Anwohnerin der Olgastraße von dem Arbeiter Wilhelm J. und dessen Ehefrau auf der Wildenbruchstraße, Ecke Scheffelstraße, überfallen. J. versetzte der B. zwei Stiche in den linken Oberarm und mehrere Fußtritte, während seine Ehefrau mit einem Hammer auf die Person einschlug. Die Verletzte wurde dem Katholischen Krankenhaus zugeführt, von wo sie bald wieder entlassen werden konnte. — Die Gebrüder Franz und Heinrich L. haben am Montag um 2.30 Uhr dem Arbeiter Wilhelm Kirchner an der hiesigen Udostraße aufgelauert, ihn überfallen und angeblich mit einem Seitengewehr mißhandelt. Der Ueberfallene wurde an der linken Hand schwer verletzt. Er fand Aufnahme im Krankenhaus. In beiden Fällen wurde die polizeiliche Untersuchung sofort aufgenommen.

Verkehrsunfall. Am Montag um 5.25 Uhr vormittags wurde eine Frau beim Ueberqueren der Bulmker Straße von einem Personenauto angefahren und am Kopfe leicht verletzt. Sie fand Aufnahme im Evangelischen Krankenhaus. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Ein Kind im heißen Badewasser verbrüht. In einer Familie auf der Reichsstraße stürzte ein zwei Jahre altes Kind in eine Wanne, die mit heißem Badewasser gefüllt war. Das Kind mußte ins Krankenhaus gebracht werden, es war aber nicht mehr zu retten, sondern starb an seinen schweren Verletzungen.

Tödliche Unfälle auf Zeche Holland 1-2. Auf Zeche Holland haben sich in den letzten Tagen zwei sehr schwere Unfälle ereignet. Der Gesteinshauer Otto geriet unter fallendes Gestein und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Verunglückte war verheiratet und etwa 39 Jahre alt. — Der Fahrhauer Schürmann, der auf der gleichen Zeche beschäftigt war, geriet im Stapel zwischen Zimmerung und Wagen. An den erlittenen Quetschungen starb der Verunglückte kurz darauf im Krankenhaus.

Gesperrt! Die Raabestraße wird vom 12. dieses Monats ab bis auf weiteres für den Durchgangsverkehr gesperrt.

STADTTEIL BUER

Vermißt

Die am 4. April 1913 geborene, zuletzt in der Schievenstraße wohnhaft gewesene Monika Kruck wird seit dem 4. November dieses Jahres vermißt. Die K. ist 1,50 Meter groß und stark, hat dunkelblondes, glattes, rechts gescheiteltes Haar, gebräuntes Gesicht, hohe Stirn und blaue Augen. Bei ihrem Weggange war sie mit einem beigefarbigen Filzhut und mit einem dunklen Mantel bekleidet und trug Seidenstrümpfe und Lackschuhe. Angaben über die Vermißte nimmt die Kriminalpolizei in Buer sowie alle Polizeidienststellen entgegen.

Er wollte eingesperrt werden, um ein Unterkommen zu haben! Ein Mann aus der Moltkestraße wurde von der Polizei festgenommen, weil er an der Essener Straße an einem Geschäft eine Schaufensterscheibe im Werte von 480 RM zertrümmert hatte. Bei seiner Vernehmung gab er an, die Tat lediglich deshalb begangen zu haben, damit er ein Unterkommen und freie Verpflegung erlangen könne!

Festgenommene Einbrecher. In der Nacht zum Sonntag bemerkte ein Bierhändler an der Westfalenstraße, daß Diebe seinem Keller einen Besuch abstatteten. Als die Einbrecher merkten, daß sie entdeckt waren, ergriffen sie die Flucht. Die Verfolgung verlief ergebnislos. Die Buersche Kriminalpolizei konnte noch in derselben Nacht die Täter, zwei in der Ostfalenstraße wohnhafte Burschen, festnehmen. Die beiden Einbrecher wurden in Polizeigewahrsam übergeführt.

Schlägerei. Zu einer Schlägerei kam es am Sonntag zwischen dem Bauarbeiter Leo Lübek, dem Arbeiter Anton Zurawski und Walter Gebhardt auf der Teutstraße. L. und Z. drangen auf ihren Gegner mit einem Hackenstiel ein. Gebhardt erlitt eine Verletzung am linken Auge. Er ergriff hierauf den Hackenstiel und versetzte dem Zurwaski mehrere Schläge. Z. wurde am linken Unterarm und an der rechten Hand verletzt. Lübek gab hierauf vier Schuß aus einer Selbstladepistole auf den Arbeiter Gebhardt ab. Die Schüsse gingen glücklicherweise fehl. Sämtliche Beteiligten wurden durch das inzwischen erschienene Ueberfallkommando der Wache des 16. Polizeireviers zugeführt. Die Untersuchung ist von der Polizei in die Wege geleitet.

In der Nacht zum 10. dieses Monats wurde an der Brinkgartenstraße, hierselbst, eine Straßenlaterne von bisher noch unbekannten Tätern zerschlagen.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 9. dieses Monats bei einem Wirt E. an der Wilhelmstraße in Erle verübt. Hier überkletterten die Diebe einen Zaun, um an das Haus zu gelangen, und entfernten dann gewaltsam aus einer Tür eine Türfüllung, durch welche sie sich Einlaß verschafften. Aus einem Zimmer entwendeten sie sodann etwa 1000 Zigaretten, einen halben geräucherten Schinken sowie Rauchwurst im Gesamtwert von etwa 65 RM. Der Versuch, einen Geldschrank gewaltsam zu öffnen, ist den Dieben mißlungen.

STADTTEIL HORST

Moorbad Emscher

Als ein auf der Suche nach dem verlorenen Gleichgewicht befindlicher Zecher die Emscher entlangtorkelte, war es mit seinen Bemühungen, sich auf geradem Wege zu halten, an der Horst-Karnaper Grenze endgültig vorbei, und er stürzte in das lieblich duftende Wasser. In der Nähe beschäftigte Arbeiter zogen ihn, dreckig wie ein Frontsoldat aus der Flandernschlacht, aus der trüben Brühe wieder heraus, und er soll seinen Rettern versichert haben, daß ein Emscherbad das beste Mittel sei, einen gehörigen Rausch plötzlich loszuwerden.

Die „Seerose" soll ausgekegelt werden

Ein Gladbecker Sportsmann M., der im Besitze eines in Horst stehenden Rennpferdes „Seerose" ist, aber keinen Geschmack mehr daran findet, den Rennstallbesitzer zu spielen, hat das Tier als Preis für ein einwöchiges Preiskegeln zur Verfügung gestellt, das auf einer Horster Kegelbahn stattfinden soll. Indessen bestehen noch erhebliche Schwierigkeiten mit der Polizei, da derartige Veranstaltungen mit Preisen von solch hohem Werte bislang keinerlei polizeiliche Genehmigung gefunden haben. Ob der Versuch, eine andere Haltung der Polizei herbeizuführen, um die Genehmigung des Kegelkampfes um „Seerose" doch noch zu erzielen, von Erfolg sein wird, steht noch dahin.

Unfall in der Grube

Im unterirdischen Betriebe der Zeche Matthias Stinnes 3 bis 4 in Brauck erlitt der Bergmann Wilhelm Schreitz, Ackerstraße 40 wohnend, am Freitag so schwere Verletzungen, daß er dem Krankenhaus in Horst zugeführt werden mußte.

Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen

Die Pressestelle der Regierung in Münster schreibt:

Die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen ist groß und wird im Winter vielleicht noch zunehmen. Welche Gefahren dieser Zustand für die Jugendlichen heraufbeschwört, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Ernste Pflicht aller berufenen Stellen muß es daher sein, diesen Gefahren vorzubeugen oder sie zu mildern.

Schon am 15. Mai 1930 hat eine Sitzung des Preußischen Landesbeirats für Jugendpflege, Jugendbewegung und Leibesübungen stattgefunden, in der erfahrene Fachleute Referate über Maßnahmen zur Betreuung erwerbsloser Jugendlicher gehalten haben. An diese Referate schloß sich eine eingehende Aussprache an. Der Bericht über diese Sitzung ist in den Veröffentlichungen des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt aus dem Gebiete der Jugendpflege erschienen und allen interessierten Stellen zugegangen. Die in dem Berichte gegebenen Anregungen, insbesondere über die

Zusammenarbeit von Jugendpflege, Arbeitsamt und Berufsberatung,

müssen im Einvernehmen mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden, den Arbeitsämtern, den Provinzialverwaltungen und den Jugendorganisationen baldmöglichst in die Wege geleitet werden.

Um mit wirksamen Maßnahmen eingreifen zu können, ist also in erster Linie ein planvolles Zusammenarbeiten der maßgeblichen Stellen der Jugendpflege und Jugendfürsorge, der Arbeitsämter, der Berufsschulen und der privaten Jugendpflegeverbände notwendig. Diese planmäßige Zusammenarbeit kann in den

Kreis- bzw. Stadtausschüssen für Jugendpflege

am besten herbeigeführt werden, da sämtliche Stellen in ihnen vertreten sein dürften. Soweit das noch nicht der Fall sein sollte, werden die Ausschüsse entsprechend ergänzt werden. Es wird auch erwogen, innerhalb oder in enger Verbindung mit dem Kreis- bzw. Stadtausschuß einen kleineren aktionsfähigen Ausschuß zur planmäßigen Förderung aller für die erwerbslose Jugend in Frage kommenden Maßnahmen zu bestellen.

Die beste Hilfe für die jugendlichen Erwerbslosen ist selbstverständlich die Arbeitsbeschaffung, die Unterbringung in Arbeits- und Lehrstellen, wobei der Vermittlung von Jugendlichen aufs Land besondere Bedeutung zukommt. Unter diesem Gesichtspunkt können die Arbeitsämter Kurse für jugendliche Erwerbslose im Rahmen des § 137 des AVAVG. einrichten oder unterstützen. Diese Kurse müssen beruflichen Charakter haben, müssen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Arbeitskraft bzw. zur Erhöhung der Vermittlungsfähigkeit beitragen, müssen also die Unterbringung der Jugendlichen in Lehr- oder Arbeitsstellen erleichtern. Zu diesen Kursen können auch solche Arbeitslose zugelassen werden, denen nur deshalb keine Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, weil sie infolge jugendlichen Alters die Voraussetzungen für den Empfang von Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllen konnten, z. B. solche Jugendlichen bis zu 17 Jahren, die nach der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Lehrgänge rein jugendpflegerischen Charakters können vom Arbeitsamt nicht bezuschußt werden. Anders ist es mit hauswirtschaftlichen Kursen, wenn in ihnen arbeitslose Arbeiterinnen, weibliche kaufmännische Angestellte und Handwerkslehrlinge zu Hausgehilfinnen umgeschult werden.

Besonders geeignet, die schädlichen Wirkungen der Erwerbslosigkeit zu beheben oder einzuschränken, ist die Heranziehung des Jugendlichen zur Pflichtarbeit. Es ist sozialpädagogisch von großer Bedeutung, daß die Gemeinden in viel stärkerem Maße als bisher

Möglichkeiten für die Pflichtarbeit

der Jugendlichen schaffen (Wegeinstandsetzungen, gärtnerische Beschäftigung, Herrichtung und Schaffung von Spiel- und Sportplätzen usw.), selbstverständlich, soweit das ohne großen Kostenaufwand möglich ist. Nach § 91 des AVAVG. ist für jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren, bei denen die Voraussetzungen für eine Berufsumschulung und Fortbildung nicht gegeben sind, die Zahlung einer Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig, soweit dazu Gelegenheit besteht. Die Arbeiten müssen gemeinnützig sein. Träger kann neben der Gemeinde auch ein privater gemeinnütziger Verein sein. Das Arbeitsamt kommt als Träger nicht in Frage, gibt auch keine Zuschüsse. Der Pflichtarbeiter arbeitet für die Unterstützung. Durch Einbehaltung der Unterstützung kann er zur Arbeit gezwungen werden. Hat der Jugendliche durch die zugewiesene Arbeit Mehraufwendungen, so hat der Träger der Arbeit ihn angemessen zu entschädigen. Wieweit der Begriff der Pflichtarbeit im einzelnen zu ziehen ist, sagt das Gesetz nicht. Inwieweit insbesondere Veranstaltungen jugendpflegerischer Art dazuzuzählen sind, obliegt der Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes, der die Lage des Einzelfalles und die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen hat. Von der Pflichtarbeit zu unterscheiden sind die Notstandsarbeiten, die produktiven Charakter tragen, und bei denen Lohn bezahlt wird, worauf der Regierungspräsident in Münster in einer Rundverfügung an die nachgeordneten Stellen besonders hinweist.

Neben der stärkeren Heranziehung zur Pflichtarbeit muß eine intensivere jugendpflegerische Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen durchgeführt werden, und zwar im engsten Einvernehmen der Jugendämter bzw. Kreis- und Stadtausschüsse für Jugendpflege mit den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern und den Berufsschulen. In Betracht kommen die Einrichtung von Lehrgängen zur beruflichen und staatsbürgerlichen Fortbildung, die Bereitstellung von Jugendheimen und anderen geeigneten Räumen (Lese- und Spielzimmern), die Organisation von Uebungsstunden durch die Sportverbände, die Durchführung von kurzen Wanderungen.

Diese Maßnahmen können im wesentlichen nur örtlich durchgeführt werden.

Um den Stadt- und Landkreisen diese dringliche Aufgabe zu erleichtern, hat der Regierungspräsident staatliche Mittel aus dem Bezirksfonds für Jugendpflege zur Verfügung gestellt!

Angesichts der stark gewachsenen Zahl der erwerbslosen Jugendlichen soll vorerst von Bezirkskursen, die doch nur verhältnismäßig wenig Jugendliche erfassen können, abgesehen werden. Die hierfür vorgesehenen Mittel fallen den Stadt- und Landkreisen zu. Beihilfen für Uebungsstätten und Jugendheime werden nur noch in Ausnahmefällen gegeben werden, wenn z. B. Arbeitslose beschäftigt werden können. Auf der anderen Seite wird erwartet, daß die kommunalen Jugendpflegemittel ebenfalls in erster Linie zur Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen verwandt werden.

Die augenblickliche Lage erfordert, daß in den Stadt- und Landkreisen mit einer großen Zahl erwerbsloser Jugendlicher alsbald die Jugendämter bzw. die Kreis- oder Stadtausschüsse für Jugendpflege im engsten Zusammenarbeiten mit Arbeitsämtern, Wohlfahrtsämtern und Berufsschulen die für den Winter notwendigen Maßnahmen durchberaten, wobei auf die tätige Mitarbeit der privaten Jugendpflegeverbände besonderer Wert zu legen ist. Ein Winterprogramm muß aufgestellt werden, das eine

planmäßige Fürsorge

unter dem Gesichtspunkt der Erfassung möglichst aller erwerbslosen Jugendlichen gewährleistet.

Daß die Jugendverbände sich ihrer erwerbslosen Mitglieder besonders annehmen, ist in allen Organisationen zu beobachten. Erfreulicherweise hat man vielfach Jugendheime und Spiel- und Sportplätze auch Nichtmitgliedern geöffnet, Sportnachmittage für erwerbslose Jugendliche eingerichtet und sonstige Maßnahmen getroffen, die den Jugendlichen den Gefahren der Straße entziehen. Es hat den Anschein, als wenn hier und da noch etwas mehr geschehen könnte!

Einbruch auf der Breukerstraße

In der Nacht zum Freitag ist in einem Hause in der Breukerstraße in Brauck, in dem sich ein Lebensmittelgeschäft und ein Friseurbetrieb befinden, eingebrochen worden. Die Einbrecher nahmen aus dem Lebensmittelgeschäft eine Registrierkasse mit etwa 100 RM Inhalt mit. Die Kasse wurde später in der Nähe der Horster Grenze erbrochen und entleert wiedergefunden. Wie weit die von der Polizei verfolgten Spuren zur Ermittlung und Festnahme der Täter führen werden, steht bisher noch nicht fest.

Der Hund kennt keine Verkehrsvorschriften

Am Sonntagmittag probten mehrere junge Mädchen aus Karnap in der neuen Bergmannssiedlung auf ihren Rädern. An der Kreuzung Ahnewinkel- und Friedenstraße sprang ihnen plötzlich ein großer Hund entgegen und lief der 14jährigen Tochter Ella des Bergmanns R. direkt vor das Rad. Das Mädchen stürzte, zumal es noch nicht ganz sicher im Fahren war, so unglücklich auf das Pflaster, daß es sich schwere Verletzungen im Gesicht und an den Beinen zuzog und dem Arzt zugeführt werden mußte.

Wie Brauck zur „Milchstraße" kam

Als am Montagmorgen ein Milchhändler aus Brauck in die Landstraße einbiegen wollte, brach die hintere Achse seines Wagens, so daß dieser sich zur Seite neigte. Zwei gefüllte Milchkannen fielen dabei auf die Straße und bedeckten das Pflaster mit ihrem Inhalt.

Fuchspelz gestohlen

Einer Verkäuferin aus Altenessen wurde in dem Flur einer Wirtschaft in Horst ein Fuchspelz im Werte von 140 RM gestohlen. Der Pelz hat braune Rückenstreifen und ist mit hellbraunem Futter und einer dunkelbraunen Schnalle versehen. An den Pfötchen fehlen die Krallen. Die polizeilichen Ermittlungen nach dem unbekannten Diebe sind eingeleitet. Vor Ankauf des Pelzes wird gewarnt.

Büdo Beize
gibt dem Boden schönen Farbglanz und tritt sich nicht ab

Theater / Musik

Affäre Dreyfus im Tonfilm

Die Affäre Dreyfus, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ganz Europa aufhorchen ließ, hat auch in der Gegenwart Presse und Literatur mehrfach beschäftigt, und wir erlebten in einem Gastspiel des Düsseldorfer Schauspielhauses eine prächtige Inszenierung des dreiaktigen Bühnenwerkes gleichen Namens. Es ist also kein Wunder, daß die zum Tonfilm gestaltete Affäre Dreyfus mit Spannung erwartet wurde, und es sei gern dem Gelsenkirchener Ufa-Theater „Schauburg" auf der Bahnhofstraße als Verdienst angerechnet, daß es den Tonfilm „Affäre Dreyfus" in diesen Tagen laufen läßt. Dieser Tonfilm von Heinz Goldberg und Dr. Fritz Wendhausen geht unter der Spielleitung des durch eindrucksvolle Inszenierungen bekannten Filmregisseurs Richard Oswald in Szene. Sein Eindruck ist in manchen Teilen stärker, als der des Bühnenwerkes, weil er die Uebergänge von der Verhaftung des Majors Dreyfus an bis zu seiner endgültigen Rehabilitierung klarer aufzeigt, und so auch diejenigen, die über die Einzelheiten dieser Affäre Dreyfus — rein geschichtlich betrachtet — nicht völlig unterrichtet sind, einen Einblick bietet in die einzelnen Phasen eines ungeheuren Skandals. Denn ein Skandal war es, daß auf Grund gefälschten Beweismaterials eine niederträchtige Generalsclique, gestützt durch eine nur zu willfährige Kriegsgerichts- und Ziviljustiz, einen an sich untadeligen Menschen nur deswegen erledigen will, weil dieser Mensch, dieser Hauptmann Dreyfus, ein Jude ist.

Zum großen Erlebnis wird dieser Film dadurch, daß Fritz Kortner den Hauptmann Dreyfus in allen Phasen seiner Leiden mit tiefster Menschlichkeit gestaltet, und daß Heinrich George einen Emile Zola gibt, der von herrlicher Schlichtheit und hinreißendem Temperament ist, in dem Glauben an die große moralische Berechtigung seiner öffentlichen Anklage und in der Ueberzeugung, für eine durchaus gerechte Sache zu kämpfen. Wenn der Film nur diese beiden großen Leistungen brächte, dann wäre er schon wert, durchaus anerkannt zu werden. Wenn wir aber als Lucie Dreyfus Grete Mosheim erwähnen, wenn wir alte Bekannte, wie Albert Bassermann, Ferdinand Bonn und Sigmund Nunberg in diesem Film einmal wieder begrüßen können, so gibt uns das neben der Regie Richard Oswalds die Gewähr dafür, daß ein Tonfilm gestaltet wurde, der darstellerisch durchaus künstlerische Reife hat. Nehmen wir noch dazu, daß es sich bei dieser ganzen Affäre Dreyfus schon rein aus dem menschlich-geschichtlichen Geschehen um ein Drama voll von packenden Momenten und Spannungen handelt, so können wir sagen, daß wir da ein Werk vor uns sehen, das der Betrachtung wohl wert ist, und das dazu angetan ist, aus Fehlern einer vergangenen Epoche zu lernen. Vielleicht haben gerade wir Deutschen es nötig, aus dieser Affäre Dreyfus recht viel zu lernen, sind doch immer wieder in Deutschland Bestrebungen im Gange, die den deutschen Militärs viel mehr Einfluß einzuräumen bereit sind, als das im Interesse der Befriedung Europas und der Welt jemals gut sein kann.

Z—r.

Städtische Ankündigungen

Morgen (Donnerstag)

in der Schauburg, Buer: Gastspiel des Theaters der Stadt Münster. Zur Aufführung gelangt Schillers Trauerspiel „Maria Stuart". Nichtvormieter erhalten Karten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Rathaus Buer (Zimmer 17), Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), in der Vestischen und Urbanusbuchhandlung, bei den Verkehrsvereinen Buer und Horst, in den Buchhandlungen Volmar und Przylutzki in Herten sowie eine Stunde vor Beginn an der Abendkasse in der Schauburg. Spielanfang 19.30 Uhr, Ende gegen 23 Uhr.

Elly Ney spielt
am 17 November im Konzertsaal des Hans-Sachs-Hauses

Werke von J. S. Bach, Mozart, Beethoven, Chopin und Liszt. Der Name dieser weltberühmten Pianistin bürgt für ein genußvolles Konzert, in dem echte Künstlerschaft sehr beredt das Wort hat. Der Kartenverkauf beginnt heute im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228), bei Alsberg, Sinn, Müller, Rating, Reddemann, Dieckhöner, bei den Verkehrsvereinen Gelsenkirchen, Buer, Horst, Wattenscheid, Wanne-Eickel, in der Urbanus- und Vestischen Buchhandlung in Buer, in den Buchhandlungen Volmar und Przylutzki in Herten. Das Konzert beginnt um 20 Uhr. Eintrittspreise: 4, 3, 2 und eine Reichsmark.

Filmschau

Capitol-Theater.

Otto Gebühr in „Scapa Flow".

Der Film nennt sich „Scapa Flow — das Heldengrab der deutschen Flotte" und will die Erinnerung wachrufen und wachhalten an einen Tag, an dem deutsche Männer in Ausführung einer nach langen Ueberlegungen und schweren Kämpfen von ihnen als unausweichlich erkannten Pflicht die schwimmenden Kolosse, die ihnen Jahre hindurch Wohnung und Heimat gewesen waren, versenkten.

Unter Verwendung des authentischen Materials wurde der sich auf geschichtlichen Tatsachen aufbauende deutsche Millionenfilm geschaffen. Mit historischer Treue sind die Vorgänge geschildert, die zur Revolution der Flotte, zur Auslieferung an die Engländer und zur Versenkung am 21. Juni 1919 führten.

Den Film inszenierte Leo Lasko nach einem Manuskript, das er selbst zusammen mit Leo te Laforque schrieb. Außer Otto Gebühr spielen die Hauptrollen Claire Rommer, Erna Morena, Claus Clausen, Heinz Klockow, Artur Duarte, Aribert Mog usw.

Nr. 265. 12. Jahrg. Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 12. November 1930.

Deutsche Woche:

Nationalistischer Reklamerummel

Für deutschen Sellerie, gegen feindliche Bananen

Am Revolutionsgedenktag hat man in Halle die sogenannte „Deutsche Woche" aufgezogen, die später in ganz Deutschland durchgeführt werden soll, und in der heftig Propaganda für den Kauf deutscher Erzeugnisse gemacht werden soll. Der Direktor der Landwirtschaftskammer in Halle begründet diese Reklame mit der Feststellung:

> Der Absatz inländischer Erzeugnisse, der durch die zunehmende Einfuhr der verschiedensten ausländischen Waren und durch die absinkende Kaufkraft weitere Volksschichten immer mehr gefährdet wird, soll gefördert, das Verständnis des Verbrauchers geweckt, die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Verbrauchers deutscher Erzeugnisse ins helle Licht gerückt werden.

Nun ja. Das hört sich alles ganz schön und gut an. Wir sind auch dafür, daß man die deutsche Wirtschaft fördern soll, wenn sie gute und preiswerte Ware liefert. Aber wie sieht es denn damit aus. Der Profit regiert doch bei uns. Die Ware wird künstlich verteuert bis sie zum Verbraucher kommt. Kann man es einem Arbeiter verdenken, wenn er sich anstatt der verhältnismäßig teuern deutschen Aepfel ausländische Bananen für 30 Pfennig das Pfund kauft?

Wie aber sieht denn nun die Reklame aus, die man bei dieser Propaganda-Aktion zur Bevorzugung deutscher Waren losläßt? Wie alles, was unsre Patrioten anfassen, wird es nationalistisch aufgemacht, wirkt überheblich und verfällt der Lächerlichkeit. So auch die Sache mit der „Deutschen Woche".

In Naumburg haben die Händler auf dem Wochenmarkt in Ausführung der Propaganda-Aktion: „Für deutsche Arbeit — Für deutsche Ware" zur Unterscheidung einheimischer und fremländischer Erzeugnisse kleine Schilder eingeführt, die die mit einem weißen Kreis versehene Aufschrift „Deutsche Ware" tragen. Da haben wir sofort die Lächerlichkeit. Als ob nicht jede Hausfrau ohne besondere Bezeichnung ausländische Apfelsinen von deutschen Sellerie unterscheiden könnte. Soll die deutsche Hausfrau keine Zitrone mehr kaufen, weil diese Frucht nicht in Deutschland wächst? Will man etwa auch Schilder anbringen mit der Aufschrift „Deutscher Tee", „Deutscher Kaffee", „Deutscher Tabak". Es geht zu machen, gewiß; aber kaufen wird das Zeug kein Mensch, die Nationalisten sicherlich nicht. Pfefferminztee und Zichorienbrühe trinken die Leute, von denen die Propaganda für deutsche Ware ausgeht, bestimmt nicht, das überlassen sie den Arbeitern. Aber wehe, wenn die deutsche Arbeiterfrau für ihre Kinder Bananen kauft, dann gehört sie zu den Vaterlandsverrätern und ist nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen. Heil Hugenberg, Heil Hitler!

Natürlich muß bei den nationalistischen Reklameleuten auch die Arbeitslosigkeit für den nationalistischen Reklamerummel benutzt werden.

Es wird argumentiert, daß doch in den 4 Milliarden RM für Nahrungsmittel und 3 Milliarden RM für Industrie-Erzeugnisse, die Deutschland jährlich an das Ausland zahlt, ein ziemlicher Teil an Arbeitskraft mitbezahlt wird.

Sehen wir uns das Werbematerial an, das die Veranstalter der Deutschen Woche — Magistrat, Handel, Industrie, Wirtschafts- und Verkehrsverband in Halle — herausgegeben haben. Danach werden täglich von Deutschland gezahlt 324 000 RM für französische Parfüms, 180 000 RM für Südwein, 265 000 RM für Kunstseide, 160 000 RM für amerikanische Autos, 82 000 RM für französische und englische Kleider, Hüte usw. Wer mag wohl das alles kaufen? Da ist eine Notiz im „Landgasthof" der Fachzeitung der wirtschaftsparteilichen Gastwirte recht aufschlußreich. Da heißt es nämlich:

> Deutschland hat eingeführt aus der Tschechoslowakei 1929 rund 200 000 Hektoliter Bier und hierfür nach amtlicher Einfuhrstatistik gezahlt 6 Millionen RM, also je Hektoliter 30 RM. Januar bis Ende August 1930 sind 125 000 Hektoliter eingeführt worden, wofür an die Tschechen annähernd 4 Millionen RM gezahlt werden mußten. Und der „bessere" Deutsche trinkt das Tschechenbier und kommt sich wunder wie wichtig vor, wenn er von oben herab den „Ober" beauftragt: „Noch 'n Pilsener! Aber mit Haube!" Zur Farce wird die Lächerlichkeit, wenn gar die Auslandsfimmler mit Tschechenbier auf Deutschlands Wohl prosten und in die Nacht posaunen „Deutschland, Deutschland über alles".

Ob die Verbraucher ausländischer Parfüms, ausländischer Hüte, ausländischer Autos, nicht ganz in der Nähe der Freunde vom echten Pilsener Bier zu suchen sind? Sozialdemokratische Arbeiter brauchen solche ausländischen Waren nicht und könnten sie auch nicht bezahlen, sie sind froh, wenn sie sich mal Bananen leisten können. Aber deutsche Agrarier, deutsche Unternehmer sind es, die Abnehmer fremdländischer Luxuswaren sind. Wenn sie Sekt trinken, muß es französischer sein, vom „Erbfeind", sonst schmeckt er ihrem verwöhnten Gaumen nicht.

Das Reklamematerial der Veranstalter der „Deutschen Woche" enthält auch Angaben über die beträchtlichen Summen, die Tag für Tag an das Ausland für Nahrungsmittel gezahlt werden. Die Landwirtschaft, die ebenfalls hinter der Aktion steht, könnte man fragen, ob es nicht besser gewesen wäre, alle die Mittel, die man zur Finanzierung von Landbund, Stahlhelm, Nazi und Deutschnationalen ausgegeben hat, für die Verbesserung der Produktionsmittel und der deutschen landwirtschaftlichen Ware zu benutzen? Hätte man das getan, man brauchte heute keinen solchen Reklamerummel. Aber unsre Landbündler haben es bisher nicht vermocht, der fremden Konkurrenz eine bessere und billigere Ware entgegenzusetzen. Sie bemühen sich jetzt wenigstens darum, aber bringen es immer noch nicht fertig, sich mit den Konsumvereinen wegen Abnahme ihrer Waren in Verbindung zu setzen, nur weil der Konsumverein von Sozialdemokraten geleitet werde. Heute soll die Vaterlandsliebe der breiten Verbrauchermassen den Schaden wieder wettmachen. An die Vaterlandsliebe, die man der Arbeiterschaft sonst immer abspricht, wird nun appelliert.

Die Arbeiter, die Angestellten, die kleinen Beamten, haben solchen Appell nicht nötig. Sie können sich weder Parfüms noch ausländische Kleider kaufen, sie fahren auch nicht in amerikanischen Automobilen ins Bad, sie haben kaum so viel, sich richtig satt zu essen.

An die großen Massen der Werktätigen kann sich die „Deutsche Woche" also nicht wenden. Ob die andern, die es angeht, das nationalsozialistische Bürgertum von der übernächsten Woche an weniger Pilsener trinken und weniger Parfüm verspritzen werden, möchten wir, die wir unsre Pappenheimer kennen, sehr stark bezweifeln.

Wir vermissen auch die Propaganda für das deutsche Geld. Die Kreise, die hinter der „Deutschen Woche" stehen, würden sich ein großes Verdienst um Deutschlands Wirtschaft erwerben, wenn sie in ihren Kreisen aufs Lebhafteste und Nachdrücklichste dafür Propaganda machen, daß die deutschen Kapitalisten ihr Geld in Deutschland lassen, und es nicht ins Ausland verschieben. Aber da wird die „Deutsche Woche" kläglich versagen. —

Verbraucherausschüsse?

Durch die Presse des Ruhrgebietes läuft jetzt ein Artikel, in dem Verbraucherausschüsse propagiert werden. Die Anregung soll von den Gewerkschaften ausgehen. Arbeiter und Mittelständler sollen in den Ausschüssen eine Gefahrengemeinschaft bilden. Diese soll besonders gegen den Kauf von Auslandsware sich einsetzen.

Zu diesem Fühler, als den wir ihn betrachten, ist zu sagen, daß uns von den genannten Bestrebungen bei den Gewerkschaften nichts bekannt ist. Die Anregung scheint von Mittelstandsgeschäften auszugehen. Wenigstens spricht dafür der Hinweis in den Presseartikeln, daß dem Kauf der Auslandsware zu Leibe gegangen werden müsse. Demgegenüber besehe man sich die eingangs unseres Artikels geschilderten Bestrebungen mit der „Deutschen Woche".

Wir sind nicht etwa der Ansicht, daß es falsch sei, eine Annäherung zwischen Arbeiterschaft und Mittelstand herbeizuführen. Im Gegenteil. Da der Mittelstand immer mehr verproletarisiert, ist es durchaus angezeigt, daß Arbeiterschaft und Mittelstand Schulter an Schulter im Daseinskampfe zusammenstehen. **Aber Verbraucherausschüsse, wie wir sie direkt nach dem Kriege hatten, sind nicht das Mittel, der jetzigen Sachlage zu dienen.** Statt dessen ist eine Fühlungnahme, wie man es in Dortmund schon gemacht hat, angängig. Namentlich auch in der Richtung, zu überlegen, welche Möglichkeiten zur Behebung der größten Not bestehen. Auf diesem Wege kommen wir in dieser Notzeit sicher ein Stück weiter.

Aus der Krankenversicherung

Wichtig für freiwillige Mitglieder.

In rund 7600 Krankenkassen sind über 21 Millionen Versicherte vorhanden — ein Buntes Bild der Zersplitterung. Diese machte sich besonders für Versicherte bemerkbar, die aus der Versicherungspflicht ausschieden, aber Wert darauf legten, als freiwillige Mitglieder ihre durch jahrelange Beitragszahlung erworbenen Rechte zu erhalten — sich und ihre Familien für den Krankheitsfall zu schützen. Wechselte ein solches freiwilliges Mitglied den Wohnort, z. B. von Magdeburg nach Dresden, so mußte es in Magdeburg bei der Ortskrankenkasse bleiben, d. h. die Beiträge nach Magdeburg einsenden, Ersatz von Leistungen von Magdeburg verlangen. Das führte zu Schwierigkeiten für die Versicherten, aber auch für die Krankenkassen. Auf Veranlassung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen hatten in den letzten Jahren eine Anzahl Kassen ein Abkommen auf Austausch solcher freiwilligen Mitglieder geschlossen.

Nach der Notverordnung führen nun Weiterversicherte einer Orts- oder Landkrankenkasse ihre Mitgliedschaft bei der für ihren neuen Wohnsitz zuständigen Orts- oder Landkrankenkasse fort, wenn sie aus dem Bereich ihrer frühern Kasse verzogen sind. Eines besonderen Antrags bei der Kasse des neuen Wohnortes bedarf es hierzu nicht — die Ueberweisung erfolgt durch die bisherige Kasse direkt.

Mit der Ueberweisung untersteht der Weiterversicherte der Satzung der neuen Krankenkasse, deren vollberechtigtes Mitglied er ohne weiteres wird.

Zu bemerken ist besonders, daß der Weiterversicherte, der bisher Mitglied einer Ortskrankenkasse war, im neuen Wohnort, in dem z. B. keine Ortskrankenkasse ist, als Mitglied der zuständigen Landkrankenkasse überwiesen wird — und umgekehrt wird der Weiterversicherte einer Landkrankenkasse der zuständigen Ortskrankenkasse des neuen Wohnortes überwiesen, wenn dort keine Landkrankenkasse zuständig ist.

Wichtig für Hinterbliebene.

Es war bisher nicht möglich, daß Ehefrauen der verstorbenen Kassenmitglieder die Versicherung bei der Krankenkasse fortführen konnten, trotzdem der Hauptverband Deutscher Krankenkassen seit Jahren entsprechende Anträge gestellt hatte. Nach der Notverordnung kann jetzt der hinterbliebene Ehegatte die Versicherung zu denselben Bedingungen, zu denen der Verstorbene versichert war, fortsetzen, wenn der Verstorbene beim Tode mindestens 6 Wochen ununterbrochen oder in den letzten zwölf Monaten mindestens 26 Wochen, wenn auch mit Unterbrechungen, bei der Kasse versichert war. Die Meldung hat innerhalb drei Wochen nach dem Tode des Versicherten durch den überlebenden Ehegatten zu erfolgen. Mit der ordnungsmäßigen Anzeige an die Krankenkasse, der Fortzahlung der Beiträge, die auch in einer niedrigern, dem Einkommen des überlebenden Ehegatten entsprechenden Beitragsklasse geleistet werden können, wird der Hinterbliebene vollberechtigtes Mitglied der Kasse.

Es ist den Angehörigen verstorbener Kassenmitglieder zu raten, von dieser Bestimmung der Notverordnung Gebrauch zu machen.

Der richtige Grundlohn.

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß Arbeiter und Angestellte prüfen, ob sie auch in der ihrem Verdienst entsprechenden Grundlohnstufe versichert sind. Nach der Notverordnung darf bei der Errechnung der Arbeitslosenunterstützung und dementsprechend auch des Krankengeldes für erkrankte Arbeitslose kein höherer Betrag zugrundegelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die bekanntlich durch die zuständige Krankenkasse erfolgt, zugrunde gelegt ist.

Nicht weniger als 844 Gallensteine bei einer Frau entfernt

Im Dinslakener Krankenhaus konnte der Chefarzt bei einer 40jährigen Patientin nicht weniger als 844 Gallensteine entfernen. Die Patientin wird sich jetzt bestimmt erleichtert fühlen.

Mordversuch beim Kirchgang

In Vorst bei Krefeld wurde am Sonntagmittag ein Landwirt auf dem Wege von seinem Gehöft zur Kirche gegen 7 Uhr von einem entlassenen Viehwärter, einem 24jährigen Mann aus Oberhausen, überfallen. Der Täter schoß dem Bauern eine Schrotladung ins Gesicht und flüchtete dann auf seinem Fahrrade. Bei der sofort von der Polizei aufgenommenen Verfolgung gelang es, den Täter zu stellen.

Folgenschwere Auseinandersetzung in der Wirtsstube

Montag gegen 17 Uhr wurde in der Wirtschaft Spohnheuer in Altenessen der Kellner Otto Pollberger von dem erwerbslosen Bergmann Bonifki durch einen Schuß aus einer Flobertbüchse verletzt. Bonifki sowie dessen Bruder und der Bergmann Josef Wagner waren vorher von dem Wirt aus dem Lokal verwiesen worden. Bonifki kehrte bald darauf zurück und fragte, ob der Wirt anwesend sei. Als der Kellner dieses verneinte, feuerte er ohne weiteres einen Schuß auf diesen ab. Der Täter konnte von der sofort benachrichtigten Polizei festgenommen werden.

Raubüberfall auf ein Pfarrhaus

Bei dem katholischen Pfarrer Thoms in Albachten bei Münster sprach am Samstagabend ein Mann vor, der angeblich mit dem Pfarrer über Kirchensteuer verhandeln wollte. Als der Pfarrer den Mann empfing, zog dieser plötzlich einen Revolver und hielt ihn dem Pfarrer vor die Brust mit dem Rufe: „Hundert Mark, oder das Leben!" Der bedrohte Pfarrer schlug dem Mann den Revolver aus der Hand, worauf es zu einem Handgemenge kam. Als die Haushälterin telefonisch Hilfe herbeirief, suchte der Räuber sein Heil in der Flucht und konnte unerkannt entkommen.

Wieder Entlassungsanzeigen im Ruhrbergbau

In den letzten Tagen sind beim Stillegungskommissar folgende Entlassungsanzeigen eingelaufen:

Zeche Ver. Constantin der Große 350 Mann,
Gewerkschaft Westfalen in Ahlen 265 Arbeiter und Angestellte,
Gewerkschaft Ewald Fortsetzung 300 Mann.

Als Grund wird in allen Fällen Absatzmangel angegeben.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen

Günstiges Ergebnis für das Rechnungsjahr 1929

Uns wird geschrieben:

Nach dem kürzlich vom Provinzialausschuß genehmigten Verwaltungsbericht der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen für das 15. Rechnungsjahr 1929 hat sich die Anstalt auch in dem Krisenjahr 1929 weiter gut entwickelt. Der Gesamtzugang an Kapitalversicherungen auf den Todesfall hat 22 218 825 RM betragen. Der Bestand hat sich dadurch am Ende des Berichtsjahres auf 114 170 656 RM erhöht. (Auch der Zugang bei sämtlichen zum Verbande öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland zusammengeschlossenen Anstalten war gut. Er hat Ende 1929 einen Bestand von 1568 Milliarden RM erreicht.) Die Einnahmen an Beiträgen und Zinsen in der Lebensversicherung sind auf 5 599 921,07 RM gestiegen. Der Ueberschuß, welcher im Vorjahre 708 907,19 RM betrug, hat sich im Berichtsjahr auf 873 452,76 RM erhöht und fließt satzungsgemäß in voller Höhe der Ueberschußrücklage der Versicherten zu, welcher damit einen Bestand von 2 830 513,88 RM erreicht hat.

Mit Vergrößerung des Bestandes ist auch in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage eine Steigerung des gesamten Abganges, welcher sich jedoch in normalen Grenzen bewegt hat, einhergegangen. Die infolge Todesfall zur Auszahlung gelangten Versicherungssummen haben bis Ende 1929: 1 572 274,05 RM erreicht, eine Summe, die sich inzwischen bis zum 30. September dieses Jahres auf 2 133 238,12 RM erhöht hat. (Im gleichen Zeitraum haben die zum Lebenverbande zusammengeschlossenen Anstalten für Sterbefälle 36 112 027,60 RM zur Auszahlung gebracht.)

Nachdem die Neuregelung der Ueberschußverteilung von der Aufsichtsbehörde im laufenden Rechnungsjahr genehmigt worden ist, gelangt der gesamte Ueberschuß nach dem sogenannten natürlichen Dividendensystem wieder an die Versicherten zur Verteilung, d. h., jedem Versicherten wird soviel vom Ueberschuß zugewiesen, als er selbst mit seiner Versicherung dazu beigetragen hat. Die Ueberschüsse gelangen als Barüberschußteile zur Auszahlung oder werden zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwandt. Sie bestehen aus einem Grundbetrag, Zusatz- und Ausgleichsbeträgen.

Auch das **Unfall- und Haftpflichtversicherungsgeschäft** hat sich weiter gut entwickelt. Die Beitragseinnahmen stiegen von 297 639,34 RM im Vorjahre auf 406 953,07 RM im Berichtsjahre. Der Schadenverlauf war günstig. Der Ueberschuß in Höhe von 54 746,81 RM wurde in voller Höhe der Sicherheits- und Ausgleichsrücklage überwiesen.

Der vom Treuhänder der Anstalt aufgestellte Teilungsplan hat am 1. März dieses Jahres seine Genehmigung durch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen gefunden. Danach werden die **aufwertungsberechtigten Versicherungsansprüche** der Versicherten mit 20 v. H. der Goldmarkreserve zum 14. Februar 1924 aufgewertet. Dazu kommen noch Zinsen und Zinseszinsen seit diesem Zeitpunkt in Höhe von 4,5 v. H. Alle Versicherungen mit einem Aufwertungsbetrag von mehr als 100 RM werden als reine beitragsfreie Todesfallversicherungen fortgeführt. Bei Aufwertungsbeiträgen unter 100 RM sowie in gewissen Sonderfällen gelangt der Aufwertungsbetrag bar zur Auszahlung. Aufwertungsscheine für beitragsfreie Versicherungssummen sind den Versicherten bereits zugegangen; mit der Auszahlung der baren Aufwertungsanteile ist begonnen worden.

Das neue Anstaltsgebäude ist nach vollendetem Umbau am 1. Februar dieses Jahres bezogen worden.

Die Entwicklung der Anstalt im laufenden Kalenderjahr ist trotz Krisen und Arbeiterentlassungen im Industriegebiet zufriedenstellend gewesen.

Gegen üblen Mundgeruch. „Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont" nicht nur reine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr „Chlorodont" aufs beste empfehlen." gez. E. G., Mainz. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

45 90 1.90 2.90

Lebensmittel zu Serien-Preisen

1 Pfd. Eierschnittnudeln	0.45	5 Pfund gelbe Erbsen	0.90	1 Liter Tarragona	0.90
1 Pfd. Eiersuppeneinlag.	0.45	5 Pfund braune Bohnen	0.90	1 Liter spanischer Süßwein	0.90
1 Pfd. hellecalif. Sultaninen	0.45	5 Pfund weiße Bohnen	0.90	1 Pfd. reinschm. Santoskaffee	1.90
1 Pfd. Korinthen	0.45	5 Pfund Linsen	0.90	1 Eimer Pflaumenmus 5 Pfund brutto	1.90
1 Pfd. Mischobst	0.45	5 Pfund Vollreis	0.90	1 Fl. Tarragona, 1 Fl. griechisch. Süßwein, 1 Fl. Valencia-Montagne (Preis ohne Gl. Zusammen)	1.90
1 Pfd. gerasp. Kokosflocken	0.45	1 Pfd. polnische Brühwurst	0.90		
1/1 D. jg. Schnittbohnen	0.45	1 Pfund Weißwurst	0.90	1 Fl. reiner Weinbrand Preis o. Glas	2.90
1/1 D. junge Brechbohnen	0.45	1 Pfund feine Leberwurst	0.90	1 Flasche Likör Preis ohne Glas	2.90
1/1 D. Stang.-Brechbohnen	0.45	1 Pfund Rotwurst	0.90		
1/1 D. Gemüse-Erbsen	0.45				
1 Dose Apfelkraut	0.45				
1-Pfd.-Eim. Pflaumenmus	0.45				

Außerdem besonders preiswert

1 Pfd. Pflaumen	getrocknete	0.25	
1 Pfd. Bananen		0.35	
1 Pfd. Kakao	gar. rein	0.50	
Singhala Tee	50-Gramm-Paket	0.50	
1 Pfd. Edamer Käse	vollfett	0.85	
1 Pf. Bayr. Schweizerkäse		1.20	
1 Pfd. vollfetter Tilsiter		0.90	
1 Pfd. Molkereibutter	leicht ges.	1.45	
1 Pf. Ia westf. Plockwurst		1.45	
1 Pf. prima westf. Schinkenplockw.		1.75	
1/1 Dose jg. große Bohnen		0.65	
1/1 Dose Pfirsiche	½ Frucht	1.10	
1/1 Dose Brechspargel	dünn	1.35	
1/1 Dose Stangenspargel		1.45	

Alsberg
Gelsenkirchen Akt Ges

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Angeklagte klagen an.

Der frühere Bergmann F. K. war seit längerer Zeit bei dem Fahrradhändler Specht tätig gewesen als Geldeinholer. Für seine Tätigkeit bekam er einige Prozent von den herbeigeschafften Pfennigen. Als er in einer Woche über 40 RM verdiente (andere Wochen waren mit 8 RM da), zog Herr Sp. ihm einfach 5 Prozent ab, was einen großen Verlust für K. bedeutete. Um der Not zu entgehen, ließ er sich nun dazu hinreißen, des öfteren Geldbeträge, die kassiert waren, zu unterschlagen. Er wußte sich auch einen treuen Bundesgenossen zu verschaffen in dem früheren Buchhalter des Sp., dem K. H. Bei größeren Geschäften teilten sie, und es ist ein Schaden von über 600 RM entstanden, den H. zum Teil wieder gutgemacht hat. Die Angeklagten geben die ihnen zur Last gelegten Taten zu, aber sie werfen ein nicht gerade glänzendes Licht auf das Geschäft des Herrn Sp. Es sollen schon des öfteren Unterschlagungen in dem Betriebe vorgekommen sein, ohne daß Sp. selbst in den meisten Fällen Anzeige erstattet hätte. Das Gericht erkannte wegen gemeinschaftlicher gewinnsüchtiger Untreue auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Ob man, wie der Herr Vorsitzende zum Ausdruck brachte, sagen kann, H. habe seinen „guten Posten" auf diese Weise verloren?

Aus Not an Unterstützungen schuldig geworden?

Die Ehefrau K. und ihre Mutter, Frau H., stehen vor dem Richter, weil sie sich durch Vorgabe falscher und Unterdrückung wahrer Tatsachen in den Genuß von monatlich 15.50 RM Unterstützung setzten. Die Tochter K. hatte ein uneheliches Kind, das erst nach einem heftigen Prozeß von dem Vater anerkannt wurde. Es kam dann sogar die Ehe zwischen den beiden zustande. Aber die ganze Familie mußte, da der eigentliche Ernährer arbeitslos war, von 62.50 RM leben. Das kleine Kind kränkelte, und das Elend zog mit Riesenschritten ein. Da bekam die junge Frau Gelegenheit, Arbeit anzunehmen, und so wurde der Verdienst etwas erhöht. Aber rasch war die Behörde da und wollte wissen, ob es auch wirklich nichts mit Nebenverdienst sei. Beide Frauen beteuerten, sie lebten allein von der Unterstützung. Einige Zeit ging es auch gut. Aber ein freundlicher Nachbar sandte an die Verwaltung der geschädigten Stadt Gelsenkirchen eine anonyme Anzeige. Auf Grund dieses Schriftstückes wurde den beiden armen Sünderinnen der Prozeß gemacht. Die Tochter K. erhielt zwei Wochen Gefängnis, ihre Mutter eine Woche. Beiden wird die Strafe ohne Buße auf Bewährung gegeben, wenn sie den Schaden nach Kräften wiedergutmachen wollen.

Uhren sehen dich an . . .

Am 17. August dieses Jahres wurde die Familie B., als sie einen schönen Nachmittagsspaziergang machte, von einem geschickten Diebe bestohlen, der es verstand, sich in den Besitz von vier Uhren zu setzen. Schon wenige Minuten später stand er damit an einer Theke und bot sie dem Arbeiter K. G. an. G., ein erheblich vorbestrafter Mensch, konnte, als die Uhren ihn so verlockend zu einem Geschäft anblickten, der Versuchung nicht widerstehen und kaufte alle vier Uhren für 7 RM. Nicht lange blieben die Uhren in seinem Besitz. Rasch verscheuerte er sie wieder an einen Invaliden J. H., der auch in der letzten Zeit häufig Gast der Zellen in Gefängnissen gewesen ist. Auch bei ihm wurden die Uhren nicht warm, sondern er brachte zwei von den dreien, die er gekauft hatte, gleich aufs Pfandhaus. Zuerst hatte man den K. G. im Verdacht, den Einbruch selbst verübt zu haben. Das wäre ihm eine unangenehme Sache geworden. Es gelang ihm aber, den Händen des Staatsanwalts zu entwischen. So kamen beide Angeklagten mit der Verurteilung wegen Hehlerei davon. G. muß fünf Monate ins Gefängnis, H. kommt mit vier Monaten aus.

Geschäftliches

Unserer heutigen Auflage liegt ein vierseitiger Prospekt der Firma Theodor Althoff, Buer, bei, die, wie üblich, mit ihren traditionell gewordenen Rekordveranstaltungen im Herbst heute beginnt. Es ist dieses Mal der Prospekt ein Bilderbogen der Zeit, im Zeichen des Preisabbaues. Wie immer, hat die Firma Althoff durch riesenhafte Auslagen und ungeheure Anstrengungen diese Sonderveranstaltung so durchgeführt, wie es unsere Leser von jeher gewohnt sind, d. h., daß sie kaum übertroffen werden dürfte, was Angebot und Preise anbetrifft. Wir empfehlen daher unseren Lesern, sich genauestens diesen Prospekt anzusehen, denn es wird bestimmt ihr Vorteil sein.

*

Der heutigen Ausgabe ist für Buer und Umgegend eine Beilage der Firma Gebr. Alsberg, Buer, beigefügt, worauf wir besonders hinweisen.

GELSENKIRCHEN-BUER

Stadtverordnetenfraktion der SPD.

Heute (Mittwoch), den 12. dieses Monats, um 19.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gelsenkirchen:

Fraktionssitzung.

*

SPD., Gelsenkirchen

Die Karten zur Revolutionsfeier müssen schnellstens im „Volkswillen" beim Genossen Simon abgerechnet werden.

*

Achtung! Rote Schüttelrutsche!

Am Freitag um 20 Uhr, im August-Bebel-Haus: Zusammenkunft. Wichtige Besprechung! Gezählbücher (Rollen) mitbringen!

*

Frauengruppen Buer.

Am Mittwoch, dem 12. dieses Monats, nachmittags 5 Uhr, findet im Volkshaus, Gladbecker Straße, eine Funktionärsitzung statt. Die Leiterinnen der Frauengruppen werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Vorstand der Arbeiterwohlfahrt!

Die für heute angesetzte Vorstandssitzung muß wegen der Fraktionssitzung ausfallen. Sie findet am Freitag, um 19 Uhr, im August-Bebel-haus statt.

JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Sozialistische Arbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Jüngerengruppe.

Achtung! Morgen (Donnerstag) abend spricht der Genosse Willy Renner bei uns über „Bursche und Mädel als Kameraden in der Sozialistischen Arbeiterjugend". Der Abend ist eine Pflichtveranstaltung. Wir sind alle pünktlich zur Stelle. Bringt neue Freunde mit!

Die Funktionäre vom Spielausschuß kommen morgen (Donnerstag) um 19.45 Uhr zu einer kurzen Besprechung zusammen. Wir müssen den „Lustigen Abend" vorbereiten.

Wir weisen darauf hin, daß am nächsten Montag eine wichtige Funktionärkonferenz beider Gruppen stattfindet.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen-Buer

Achtung! Die Jungfalken,

die unsere Fahrt am Samstagnachmittag mitmachen, müssen bis Freitag abend um 6 Uhr spätestens angemeldet sein, da wir auf Jugendschein fahren werden. Unkosten betragen 1 RM, worin das Schlafen und das Mittagessen mit einbegriffen ist. Wir fahren um 3.24 Uhr nachmittags vom Hauptbahnhof. Treffpunkt um 2.45 Uhr am Bahnhof. Die Eltern, die ihre Kinder mitschicken wollen, werden ersucht, das Fahrgeld sofort mit einzuzahlen an die Helfer ihrer Gruppe.

Gruppe Schalke.

Jungfalken. Zusammenkunft Mittwoch nachmittag um 3 Uhr in der Lessingschule.

Rote Falken. Zusammenkunft Mittwoch nachmittag um 5 Uhr in der Lessingschule.

Gruppe Bismarck.

Donnerstag: Basteln bei Paul Grutze um 3 Uhr.

Zusammenkunft am Freitagnachmittag um 3 Uhr in der Gneisenauschule.

Jungfalkenfahrt!

Alle Jungfalken machen am kommenden Samstag und Sonntag eine Fahrt nach Sinsen. Nähere Mitteilungen in den Gruppen und später an dieser Stelle.

Mit Trommeln und mit Pfeifen!

Am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr kommen alle diejenigen zum August-Bebel-Haus, die in unserem Spielmannszug Trommel oder Flöte spielen wollen, besonders diejenigen, die schon spielen können.

Achtung! Musikanten!

Auch die Musikanten (Geige, Laute Guitarre, Klampfe, Zither usw.) kommen am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr zum August-Bebel-Haus mit Instrumenten.

Helferkreis!

Freitag um 20 Uhr im August-Bebel-Haus: Helfersitzung. Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Martinsabteilung und Spielabteilung.

Heute Proben in der Lessingschule.

Kameradschaft Buer-Erle.

Die am Sonntag, dem 9. dieses Monats, zur Festkommission gewählten Kameraden treffen sich, falls diese Woche eine Feierschicht sein sollte, nachmittags 4.30 Uhr, im Lokal Grünewald. Sollte keine Feierschicht eingelegt werden, treffen wir uns am Sonntag, dem 16. dieses Monats, vormittags 10 Uhr.

Der Kameradschaftsführer.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Am Mittwoch, dem 19. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr, in der Stadthalle:

Große öffentliche Volksversammlung.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 12. November.

8.30: Mutter und Kind. Zwiegespräch.
11.00: Schulfunk. „Carmen, von Bizet.
15.00: Kinderstunde. Wer singt mit?
16.05: Frauen berichten über Frauenarbeit in der Fabrik.
16.25: Prof. Dr. W. Bombe: Die Wiederaufrichtung der sizilianischen Griechentempel.
16.45: Dr. H. Hartmann: Sören Kierkegaard.
17.05: Walter Gizewski: Die Welt im Buch.
17.30: Vesperkonzert. Solistin: Hansen (Sopran). Kompositionen zeitgenössischer Tonsetzer.
18.30: Bürgermeister Reuter: Die Beziehungen der Wohlfahrtspflege zu ihren Nachbargebieten.
19.15: Reg.-Rat Dr. Gets: Was muß man von den neuen Steuern wissen?
19.40: Wilh. Salzbacher: Die junge Generation in Holland und Belgien.
20.00: Abendmusik. Lortzing: Ouv. zu „Undine". — Moszkowski: Aus aller Herren Länder, Suite. — Strauß: Perpetuum mobile. — Koschat: Am Wörther See.
20.55: Ludwig Thoma. Das Münchener Schrammeltrio. Ernstes und Heiteres. — Waldfrieden. Lustspiel.
Anschl.: Nachtmusik und Tanz.

Deutsche Welle. Mittwoch, 12. November.

9.00: Schulfunk: Berlins Bürgerwehr und Garnison im 30jährigen Kriege.
10.35: Mitteilungen des Reichsstädtebundes.
11.30: Bodenkultur: Stallmist und Kunstdünger.
14.45: Kindertheater: Hans Fürcht-Dich-nit.
15.45: Anna Neumann: Persönliche und berufliche Lebensgestaltung der Frau einst und jetzt.
16.00: Pädagogischer Funk. Vom zeitgebundenen geschichtl. Unterricht.
16.30: Hamburg: Nachmittagskonzert.
17.30: Dr. Michaelis: Musiker-Novellen.
18.00: Dr. Steinbömer: David Caspar Friedrich und die deutsche Landschaft.
18.30: Prof. Dr. Reichenbach: Das physikalische Weltbild der Gegenwart.
19.00: Finanzkrise und Berufsbeamtentum. Aussprache.
20.00: Amtsgerichtsrat a. D. von Lindeiner-Wildau, M.d.R.: Neuer Nationalismus.
20.30: Wovon man spricht.
21.10: Sinfonie-Konzert, Dirigent: Dr. h. c. Hermann Scherchen. Tschaikowsky: Fantasie-Ouv. „Romeo und Julia". — Marx: Konzert für Bratsche und Orchester (Uraufführung). Leopold Premyslav. — Rich. Strauß: Till Eulenspiegels lustige Streiche Berliner Funkorchester.
Ca. 22.30: Tanzmusik. Kapelle Carlo Minari.
Als Einlage: Beim Sechstagerennen

Wirtschaft und Gewerkschaft

Städtetag-Kritik
zum Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Regierung

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich eingehend mit dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beschäftigt. Ueber das Ergebnis teilt am Sonnabend der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, mit, daß die Städte gewillt seien, von sich aus alles zu tun, um die Schwierigkeiten zu meistern. Das sei Gebot der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung. Selbst wenn für das kommende Jahr mit einem Abflauen der Wirtschaftskrise zu rechnen sei, würde das für die Gemeinden kaum eine Erleichterung bedeuten, weil sich das Schwergewicht von der Arbeitslosenversicherung nach den Wohlfahrtsausgaben, also vom Reich nach den Gemeinden verlagere. Die Städte hätten sich entschlossen, ihre sachlichen Ausgaben weiter zu drosseln, soweit das eben möglich sei, jedoch könne man sich nicht gegen wirtschaftliche Vernunft zwingen, auch dort zu drosseln, wo sachliche Ausgaben Arbeit schaffen und das Heer der Arbeitslosen verringern (Straßenbau usw.). Für die Veränderungen hinsichtlich der Personalausgaben fordert der Präsident des Deutschen Städtetages von den Beamten Verständnis, da die Gehaltsaufbesserung der Beamten vor 3 Jahren von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen wäre als sie jetzt eingetreten sind.

Als Kernproblem der ganzen Situation betrachtet Dr. Mulert die Preissenkung für die wichtigsten Lebensmittel wie Brot, Fleisch, Milch usw. Er wies auf die Preisunterschiede in verschiedenen Städten und die unerhörte Spanne zwischen Erzeuger- und Großhandelspreisen hin, auf die wir unter Angabe von genauem Zahlenmaterial wiederholt hingewiesen haben. Mulert bezeichnete die alsbaldige Senkung der Preise als die dringendste innerpolitische Frage. Die Senkung der Preise müsse zum Prüfstein für die Wirtschaft werden. Es sei ungerechtfertigt, daß bei Fleisch und Kartoffeln wie bei Kohlen die Steigerung der Verdienstspanne ganz beträchtlich über der Erhöhung des Lebenshaltungsindex liege. Der Großhandelsindex für Agrarstoffe sei binnen Jahresfrist um 15 Prozent, der Ernährungsindex nur um 9 Prozent gesunken.

Hinsichtlich des Gehaltskürzungsgesetzes fordert der Städtetag, daß die dadurch erzielten Einsparungen der Gemeinden in vollem Ausmaß den Gemeinden bezw. den Anstellungsverwaltungen zugute kommen müssen. Es erscheine auch zweckmäßig, die Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften einzubeziehen. Die im Gesetz über die Einschränkung des Personalaufwandes vorgesehene neue Stelle für die Nachprüfung von Beamtengehältern wird abgelehnt mit der Begründung, daß sie nur unnötige Beunruhigung in die Beamtenschaft tragen werde. Die Halbierung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau auf 400 Millionen Mark wird als unmöglich bezeichnet. Die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt müßten sich verhängnisvoll auswirken, und zwar in einer Zeit, wo es nicht angehe, den Wohnungsbau, der wichtigste Schlüsselindustrie ist, abzustoppen. Weiter wendet sich der Deutsche Städtetag gegen die Absicht der Reichsregierung, die durch die Halbierung der Hauszinssteuermittel freiwerdenden Summen schematisch für die Senkung der Realsteuern zu benutzen, schon aus dem Grunde, weil für einige Länder, z. B. für Sachsen und Bayern, keineswegs eine Uebersteigerung der Realsteuer vorliege. Eine Ermäßigung der Realsteuer, die deshalb übersteigert werden mußte, weil sie den Gemeinden bisher sozusagen als einzige Steuerquelle zur Verfügung stand, würde einen Hochachtungs-, aber keinen wirtschaftlichen Erfolg bringen. Gefordert wird dagegen volle Beweglichkeit der Einnahmegestaltung und in diesem Zusammenhang die Einführung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer schon ab 1. April 1931, anstatt ab 1. April 1932, wie die Regierung das beabsichtigt. Das sogenannte Plafondgesetz, das die Ausgaben der Gemeinden für eine Reihe von Jahren fixiert, sei für die Gemeinden undiskutabel, schon deshalb, weil die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nicht beschränkt werden könne.

Gutes Preußenöl?
Das Oelfieber

ist wieder einmal in Deutschland entfacht. Der preußische Staat hat, wie wir bereits meldeten, durch seine Bergwerks- und Hüttengesellschaft Preußag in der Gegend von Oedesse und Edemischen, in der Nähe des altbekannten Salzstocks von Henningsen-Wathlingen ein Gelände von 1400 Morgen erworben.

Nach den vorliegenden Angaben ist man mit vier Bohrungen bereits an das kostbare Oel gekommen. Zwei weitere Bohrungen haben in überraschend kurzer Zeit eine Tiefe von 400 bis 500 Metern erreicht. Der preußische Staat rangiert durch die Erwerbung dieses Oelfeldes mit einem Schlage in vorderster Reihe der deutschen Oelgesellschaften. Er fügt seinem Kohlen-, Kali- und Erzbergbau Oelbergbau und Oelindustrie zu. Man kann wie das preußische Handelsministerium die Erwerbung am Salzstock von Henningsen mit nationalwirtschaftlichen Gründen rechtfertigen. An sich ist es kein besonders erfreulicher Zustand, daß Deutschland in der Belieferung von Oel durchaus vom Ausland abhängig ist und daß die ausländischen Oelgesellschaften diese Notlage Deutschlands durch hohe Preise ausbeuten. Auch das synthetische Oel (Kohlenöl) kann, weil die Rentabilität nicht den Erwartungen entspricht, hier vorerst keine Aenderung bringen. Als die Nordamerikaner, in der Hauptsache die zur Sinclairgruppe gehörige Norsk European Oil Corp., auf Grund der bestimmten und durch ausgedehnte Forschungen gestützten Auffassung, daß man es in Norddeutschland mit einem außergewöhnlich reichen Oelgebiet zu tun habe, in der Lüneburger Heide, in Braunschweig, Mecklenburg und Oldenburg eindrangen, hat der preußische Staat es für als angebracht gehalten, einzugreifen. Bemerkt sei, daß das Oelvorkommen in Norddeutschland wie z. B. in Texas an sogenannte Salzstöcke geknüpft ist. Man kennt gegenwärtig 50 Salzstöcke; von denen sind 5 mehr oder weniger angebohrt. Die Oelproduktion machte im verflossenen Jahr etwa 150 000 Tonnen aus. Sie könnte, wenn die Frage der Raffinerie gelöst wäre, mühelos gesteigert werden.

Verkäufer des Oelgeländes ist die Firma Racky, mit der die Preußag bereits früher zusammengearbeitet hat. Nach der Trennung betätigte sich die Firma Racky auf dem jetzt von Preußen gekauften einheitlichen Gelände und zwar in Verbindung mit der Gräflich Schaffgotschen Verwaltung. Das Objekt soll dem preußischen Staat die Summe von 7 bis 8 Millionen Mark gekostet haben. Die Finanzierung wurde von der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerksgesellschaft durchgeführt, die dem preußischen Staat als Dachgesellschaft für seine Industrieunternehmungen dient. Die Verhältnisse sind hier noch nicht restlos geklärt. Aus steht noch anscheinend die Auseinandersetzung mit Schaffgotsch, wo eine Entschädigung in Kuxen oder bar erfolgen muß.

Das auf dem von Preußen erworbenen Gelände gewonnene Oel soll von guter Beschaffenheit und weniger paraffinhaltig sein. Man weiß, daß die deutsche Oelproduktion gestoppt werden mußte, weil die sich in der Hauptsache im Besitz von ausländischem Kapital befindlichen Raffinerien die Verarbeitung des deutschen Oels z. T. deshalb ablehnten, weil es zu viel Paraffin enthalte. Jedenfalls geben die meisten der zwischen den Raffinerien und den Oelgesellschaften abgeschlossenen Verträge den ersteren zu einer solchen Ablehnung das Recht. Der Plan Preußens geht dahin, eine eigene Raffinerie zu errichten. Die Investitionskosten würden sich also um die Baukosten einer solchen Raffinerie erhöhen. Die Dinge in der deutschen Oelindustrie drängen schon seit langer Zeit zur Verwirklichung eines solchen Projektes. Eine Verbindung zwischen Preußag und Otto Wolff, von der auch die Rede war, besteht nach einer Darlegung des preußischen Handelsministeriums nicht.

Wenn wir von den durch das preußische Handelsministerium angeführten nationalwirtschaftlichen Gründen für die Erwerbung des Oelgeländes absehen wollen, erscheint es uns natürlich, daß Preußen als einer der größten Bergbaukonzerne in Deutschland sich seinen Platz im Oelbergbau sichert. Damit muß das mit dem Oelbergbau naturgemäß verknüpfte Risiko in Kauf genommen werden. Oelbohren ist gerade so, als wenn man eine Katze im Sack kauft. Es kann klappen, es kann aber auch nicht klappen. Alles hängt von Naturschätzen ab, die man nur vermuten, aber nicht exakt feststellen kann.

Weshalb Stillegungen?

Zur Feststellung der Gründe der im vergangenen Jahr in Sachsen erfolgten Stillegungen haben die sächsischen Arbeitsämter eine Erhebung durchgeführt. Ihr Ergebnis ist nicht uninteressant. Von 84 völlig stillgelegten Betrieben waren nur 25 in Konkurs gegangen; 12 Firmen haben wegen Absatzstockung den Betrieb eingestellt, 8 Betriebe aus Kapitalmangel. Nicht weniger als 40 Betriebe wurden wegen Rationalisierung, Fusion, Fehlspekulation, Verschulden der Leitung und dergleichen, d. h. nicht aus Gründen der Krise zur Stillegung gezwungen.

Durch die Stillegung von 68 Betrieben wurden 11 223 Personen arbeitslos; für 16 Werke ist die Zahl der früheren Belegschaft nicht angegeben.

Diese Feststellungen zeigen, daß nur ein Teil der Stillegungsursachen mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Zusammenhang stehen. Auffällig ist die verhältnismäßig große Ziffer der Stillegungen durch Verschulden der Leitung. Diese Erhebung ist ein neuer Beweis, daß das Unternehmertum an der Verschärfung der Arbeitslosigkeit ein gerüttelt Maß von Schuld trägt. Im Gegensatz zu früheren Zeiten wird vom Unternehmer, wenn ihm irgendwie Schwierigkeiten drohen, oder wenn er gewagte Experimente zur Vergrößerung seines Gewinns unternimmt, die Arbeiterschaft ohne viel Bedenken auf die Straße gesetzt.

Englisches Urteil
über deutsche Fehlrationalisierung

Die angesehene englische Zeitschrift „Economist", die kürzlich der Schilderung der deutschen Wirtschaftsprobleme eine Arbeit widmete, beschäftigte sich darin in bemerkenswerter Weise mit den Folgen der Rationalisierung, die in Deutschland in den letzten Jahren in stürmischem Tempo vorgenommen wurde. Bald nach der Stabilisierung seiner Währung im Jahre 1924, schreibt der „Economist", begann Deutschland mit der Rationalisierung seiner Industrie und nahm dabei die Vereinigten Staaten zum Vorbild. 1929, als die Wirkungen dieser Rationalisierung bereits in Erscheinung traten, wurde klar, daß die übertriebene bzw. in überstürztem Tempo erfolgte Rationalisierung der Industrie unter arbeitsmarktpolitischem Gesichtspunkt ein Fehler war. Während nämlich die Vereinigten Staaten reich an Rohstoffen und an Betriebskapitalien sind, dafür aber Knappheit an Arbeitskräften haben, weist Deutschland umgekehrt Knappheit an Rohstoffen und an Eigenkapital dagegen einen Ueberschuß an gelernten Arbeitskräften auf. Die Verdrängung der Arbeitskraft durch Maschinen mag für Vereinigten Staaten die richtige Industriepolitik gewesen sein, in Deutschland führte sie zu einer gewaltigen Steigerung der Arbeitslosigkeit und zur Unverkäuflichkeit der durch die Maschinen hergestellten Waren. Schätzungsweise ist, schreibt der „Economist", ein Drittel der gegenwärtig Arbeitslosen das unmittelbare Opfer der verfehlten Rationalisierung.

Metallarbeiterstreik im Bielefelder Bezirk dehnt sich aus

Dem Beispiel der Ankerwerke ist auch die Belegschaft der Deutschen Metalltürenwerke in Brackwede-Quelle gefolgt. Die Belegschaft sprach sich in einer Abstimmung für den Eintritt in den Streik aus und trat sofort in den Ausstand. Die Arbeiterzahl ist etwa 400 Köpfe stark. Im Laufe des Montags wird es sich wahrscheinlich entscheiden, ob der Streik noch weiter um sich greift.

Eisen- und Stahlindustrie

Die Demag A.-G., Duisburg, erhält einen großen ausländischen Lieferungsauftrag. Die Demag A.-G., Duisburg, erhielt im internationalen Wettbewerb den Auftrag zur Lieferung maschineller Anlagen für das in Südafrika zu errichtende Hüttenwerk im Betrage von 17 Mill. RM. Die Ablieferung hat im Jahre 1932 zu erfolgen.

Abschlüsse

Capito & Klein A.-G., Düsseldorf-Benrath. Die zum Krupp-Konzern gehörende Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 1929/30 mit einem Betriebsüberschuß von 1,11 (0,80) Mill. RM. Sonstige Einnahmen belaufen sich auf 0,03 (0,01) Mill. RM. Handlungsunkosten erforderten 0,47 (0,47), Versicherungen 0,15 (0,12), Wohlfahrtsausgaben 0,03 (0,03), Steuern 0,14 (0,17), Zinsen 0,11 (0,04) und Abschreibungen 0,17 (0,15) Mill. RM., so daß sich der aus dem Vorjahre übernommene Verlust von 198 857 RM. um den Reingewinn des Jahres 1929/30 in Höhe von 59 222 RM. auf 239 635 RM. ermäßigt.

Neußer Papier- und Pergamentpapierfabrik A.-G., Neuß a. Rh. Die ordentliche Hauptversammlung genehmigte den Abschluß für das Geschäftsjahr 1929/30, der nach Abschreibungen von 280 529 (223 866) RM. einen Reingewinn von 456 164 (198 006) RM. ausweist. Hieraus erhält das alte A.-K. von 1 Mill. RM. eine Dividende von 8 Prozent für die Jahre 1927/28 und 1928/29. Nach Zuweisung von 30 000 RM. an die Rücklage gelangt eine Dividende von 12 Prozent auf das inzwischen auf 3 Mill. RM. erhöhte Aktienkapital zur Verteilung. 31 164 RM. werden vorgetragen.

Kleine Wirtschaftsmeldungen

Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb fordern weitere Staatsunterstützung.

Preisermäßigung für Hausbrandbriketts im Magdeburg-Helmstedter Braunkohlenrevier. Wie WTB.-Handelsdienst von zuverlässiger Seite erfährt, hat der Magdeburg-Helmstedter Braunkohlenbergbau soeben beschlossen, für alle Brikettfabriken innerhalb seines Reviers den Preis im Landabsatz der Gruben um 10 RM. pro 10 Tonnen, d. h. um 5 Pfg. für den Zentner, mit sofortiger Wirkung herabzusetzen. Dieser Preisabbau ist völlig ungenügend.)

Die englische Stahl- und Eisenindustrie fordert Staatsunterstützung, das Handelsamt lehnt sie ab.

Der Erzbergbau des Sieg-, Lahn- und Dillgebiets zur Frage der Staatsbeihilfe. Zu der Möglichkeit, daß vom 1. April n. J. im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums die Beihilfe zur Förderung des Eisenerzbergbaus an Sieg, Lahn und Dill fortfallen wird, wird uns aus Kreisen der betroffenen Industrie erklärt, daß unter diesen Umständen im Laufe des nächsten Jahres auch die letzte Siegerländer Grube ihre Förderung einstellen müsse. Es wird darauf verwiesen, daß die Ersparnis des Reichswirtschaftsministeriums durch den Wegfall der Beihilfe mehr als ausgeglichen werde durch die zunehmende Arbeitslosenunterstützung der im Falle von weiteren Stillegungen erwerbslos werdenden Arbeiter.

Auch die „Köln. Zeitung" will abbauen.

Die Großbuchdruckerei der „Köln. Zeitung" beabsichtigt Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Abbau der übertariflichen Zulagen für die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. Die Belegschaftsversammlung faßte eine Entschließung, wonach die Verkürzung auf keinen Fall über 6¾ Stunden pro Woche hinausgehen dürfe. Die Streichung der übertariflichen Zuschläge bei den älteren Hilfsarbeitern wurde von der Versammlung abgelehnt.

Die Geschäftsleitung erklärte, daß sie, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht erfolgte, 45 bis 50 Arbeiter des Druckereibetriebs entlassen müsse.

Eine Entschließung des ADB.

Der Bezirksvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat sich in seiner am 6. November 1930 in Köln stattgefundenen Sitzung eingehend mit den beamtenpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung beschäftigt.

Er wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die allgemeinen Gehalts- und Lohnabbaupläne, deren soziale Ungerechtigkeit durch den gleichmäßigen sechsprozentigen Abbau aller Beamtengehälter gekennzeichnet wird.

Der Bezirksvorstand stellt sich auf den Boden der Beamtenpolitik, wie sie von dem Vorstand des ADB. vertreten und vom Bundeskongreß 1930 des ADB. nachdrücklichst gebilligt worden ist. Er erwartet vom Bundesvorstand ein entschiedenes Festhalten an der Abwehraktion gegenüber der einseitigen kapitalistischen Finanzpolitik der Regierung Brüning.

Von seinen Mitgliedern erwartet er die geschlossene Abwehr, Schulter an Schulter mit den Arbeitern und Angestellten gegen alle sozial-reaktionären Einflüsse, die sich besonders in der gegenwärtigen politischen Lage zum Schaden der großen Massen unseres Volkes auswirken.

Der nächste ADGB.-Bundestag

Der nächste Kongreß der freien Gewerkschaften (vierter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) wird auf Beschluß des Bundesvorandes am Montag, den 31. August [illegible] in Frankfurt a. M. zusammentreten.

Unterhaltung und Wissen

Unmenschlichkeiten, die alle Anständigen bekämpfen müssen

Kindermisshandlungen

Arme, bedauernswerte Opfer

Immer wieder hören wir von Kindermißhandlungen, freilich gehören diese Mißhandlungen zu denjenigen Delikten, die in den seltensten Fällen zur Anzeige kommen und noch seltener so bestraft werden, wie es dem Gefühl des Volkes wirklich entsprechen würde. Bis vor kurzem war es ja noch möglich, daß die freigesprochenen Angeklagten gegen den Urheber der Anzeige wegen Beleidigung usw. klagen konnten, selbst dann, wenn die triftigsten Verdachtsgründe vorlagen und das Material nur eben noch nicht völlig zur Führung eines einwandfreien Beweises gereicht hatte. Heute wird diesen Anzeigen freilich nicht mehr stattgegeben, denn, wie ein Gericht in einem solchen Fall erklärte: Der Schutz der Jugend ist die Sache aller Staatsbürger, und bei einer solchen Anzeige, die durch genügende Gründe gestützt sei, müsse dem Anzeigenden ohne weiteres der „Schutz berechtigter Interessen" zugebilligt werden. Im neuen Strafgesetzbuch wird voraussichtlich neben der körperlichen Mißhandlung auch die seelische entsprechend mit Strafe bedroht werden. Lauter Maßnahmen, die an sich gut und begrüßenswert sind, aber doch schließlich nicht des Uebels Wurzel erreichen.

Die liegt nämlich tiefer. Jedem, der längere Zeit die Kindermißhandlungsprozesse verfolgt, wird eines auffallen: Die Opfer sind fast immer die ältesten, seltener die jüngsten, fast nie die mittleren Kinder der Familie. Geht man dieser Erscheinung noch weiter nach, dann stellt sich heraus, daß es sich bei den Kindern zu einem erheblichen Teil um voreheliche bzw. vorehelich erzeugte Kinder handelt. Und ebenso sonderbar berührt die Tatsache, daß die Hauptschuldigen an den Kindermißhandlungen fast immer die Mütter sind. Selbst die Stiefväter behandeln die in die Ehe gebrachten vorehelichen Kinder der Frau zumeist besser, als es die eigene Mutter tut, und wo sie sich an den Mißhandlungen beteiligen, da tun sie es oftmals nur unter dem Einfluß der Ehefrau. Er gibt genug Erklärungen hierfür, die jedoch lediglich an der Oberfläche bleiben und die auch vor Gericht zumeist von der Verteidigung herangezogen werden: Daß die Last der Erziehung und Pflege der manchmal schwer erziehbaren Kinder ganz auf den Schultern der Frau ruht, daß sie den ganzen Tag den Aerger mit den Kindern habe usw. Aber selbst da, wo materiell ganz erträgliche Verhältnisse herrschen und von einer Ueberlastung der Frau nicht gesprochen werden kann, finden wir immer wieder die gleiche Erscheinung: Das älteste Kind ist der Prügelknabe.

Die Gründe dieser eigenartigen Handlungsweise von Frauen der verschiedensten Bildungsgrade und Gesellschaftsschichten finden wir erst, wenn wir uns daran erinnern, daß die Kinder, die das Opfer dieser Mißhandlungen wurden, in der Regel vor der Ehe geboren oder zum mindesten vor der Ehe erzeugt wurden, und daß die uneheliche Geburt auch heute noch in weiten Kreisen des Volkes als Makel für die Mutter wie für das Kind gilt. Bei diesen Mißhandlungen „rächt" sich die Mutter an dem Kinde für die Schande, die ihr mit der Geburt des Kindes geschah. Ganz klar liegt der Sachverhalt da, wo es sich wirklich um vor der Ehe geborene Kinder handelt. Es besteht zur Zeit bei den Jugendämtern die Tendenz, diese Kinder möglichst unter allen Umständen der elterlichen Familie zuzuführen, wenn die Mutter den Vater des Kindes später heiratet. Eine an sich sehr gut gemeinte Maßregel. Man bedenke aber, was es heißt, wenn in den oftmals unzureichenden Wohnungsverhältnissen eines jungen Ehepaares, das frisch verheiratet in eine Mietkaserne gezogen ist, plötzlich ein zwei- bis dreijähriges Kind auftaucht! Gleich werden sich alle Klatschmäuler mit der unehelichen Mutterschaft der jungen Frau beschäftigen. Es ist noch nicht lange her, daß ein auf diese Weise den Eltern vom Jugendamt aufgedrängtes Kind von der Mutter totgeprügelt wurde. In diesen Fällen ist nur durch Bestellung eines Pflegers zu helfen, der während der ersten zwei Jahre die Pflege und Erziehung des Kindes kontrolliert.

Schwieriger zu verhindern sind die anderen Fälle, bei denen es sich um vor der Ehe erzeugte Kinder handelt. Hier handelt die Mutter ja aus ihrem Unterbewußtsein heraus. Es ist vielleicht der lieben Nachbarschaft gar nichts bekannt, aber die Mutter wird durch die bloße Existenz des Kindes immer daran erinnert, daß sie sich „etwas vergeben" habe. Die von der bürgerlichen Gesellschaft für die Frau erfundene „Geschlechtsehre", die in der Sicherung blutsreiner Erbfolge eine sehr materielle Fundamentierung hat, ist unglaublich tief auch im Unterbewußtsein von Frauen verankert, die sich rühmen, sonst mit „bürgerlichen Vorurteilen" ziemlich aufgeräumt zu haben. Besonders bedroht sind diese Kinder dann, wenn die Mutter in der Ehe enttäuscht wurde. Sie rechnet dann dem Kind als Schuld an, daß sie „sonst ja gar nicht hätte zu heiraten brauchen"; immer ist die Existenz des Kindes ein Menetekel, das sie an ihren „Fehltritt" erinnert. In den wenigen Fällen, in denen es sich um die später geborenen Kinder handelt, würde eine genauere Untersuchung immer ergeben, daß auch diese Kinder einem „Fehltritt" ihr Leben verdanken, selbst wenn sie rechte Kinder der beiden Eltern sind, ungewollte Kinder, deren Empfängnis nicht verhütet werden konnte und deren Geburt der § 218 erzwang.

Die der Masse des Volkes manchmal unverständlich milden Gerichtsurteile in Fällen von Kindesmißhandlungen sind zum großen Teil auf den jämmerlichen Eindruck zurückzuführen, den die Schuldigen meistens vor Gericht machen. Wo gerichtliche Sachverständige zugezogen werden, sprechen sie fast immer von „schwer nervösen, an Depressionszuständen leidenden" Angeklagten, wenn sie auch in den seltensten Fällen den Schutz des § 51 bewilligen können. Seelisch krank sind aber alle diese Angeklagten. Sie sind von einer „Sittlichkeit", die in unserem Jahrhundert merkwürdigerweise schneller im Gesetz als im Volksbewußtsein getilgt wurde, krank gemacht und vergiftet. Gretchen wurde noch zur Kindesmörderin; bis in unsere Tage hat der § 218 nur wenige Frauen an der Vornahme einer Abtreibung gehindert, wenn sie Mittel und Wege dazu wußten. Und wenn zum Glück Kindesmord und krimineller Abort vielleicht als „aussterbende Delikte" zu bezeichnen sind, weil die öffentliche Fürsorge für die Unehelichen und die Aufklärung über Empfängnisverhütung immer weitere Kreise erreichen: Im Unterbewußtsein der Frau sind die Spuren dieser überwundenen Moral nicht so leicht zu tilgen, und zu ihren Opfern gehören nicht nur die Frauen und Mädchen, die durch die Aechtung unehelicher Mutterschaft unglücklich werden, sondern auch die Kinder, deren Leben durch in der Jugend erlittene Mißhandlungen oftmals in der Wurzel krank und zerstört wurde. Auch daran sollte beim Kampf um die neue Moral gedacht werden, denn diese Opfer sind zahlreicher, als sie die Zahlen der Gerichte ausweisen.

Ros- Ewald.

Seelische Gefahren der Kinderkrankheiten

„Ursel ist krank; sie hat heute richtiges Fieber, und wenn das bis Mittag über 38 steigt, dann holen wir den Arzt." Das Kind liegt im Wohnzimmer auf dem Ruhebett. Vater hält seine Hand, die Geschwister stehen — ein wenig neidisch — noch ein Weilchen um das Schwesterchen herum, ehe sie in die Schule gehen müssen, und Mutti schiebt Kissen und Decken und das Krankentischchen zurecht, das einem mit all dem, was zu Zeitvertreib und Appetitanregung, Trost und Erfrischung darauf im Laufe der Krankheitstage aufgebaut wird, mit der Zeit — man muß es sich gestehen — richtig lieb geworden ist. — „Liegst du gut so, mein Liebling? Willst du nun mal erst ein Gläschen kühlen Obstsaft haben gegen das Fieber? Und soll Mutti dir dann ein bißchen vorlesen? Was meinst du?" — Wohlig reckt und streckt sich Ursel unter der Decke: Kranksein ist doch zu fein! Wie sie alle auf einmal um einen herumspringen, einen streicheln und fragen und bitten, als ob man eine Prinzessin wäre. Gerade so hat sichs Ursel ja immer gewünscht, daß man sie richtig wichtig nähme und sich einmal ordentlich mit ihr abgäbe. Aber solange man gesund ist, tut niemand dergleichen. Da ist keine Zeit für so etwas.

So wie Klein-Ursel mögen die meisten Kinder im Grunde recht gern krank sein, um das Glück des Bedauert- und Wichtiggenommenwerdens einmal recht gründlich genießen zu können. — Ich besinne mich aus meiner eigenen Kindheit darauf, daß ich mir einmal nichts sehnlicher wünschte, als daß mich meine masernkranke Freundin ansteckte, damit ichs gerade so schön bekäme wie sie, und daß ich dann recht enttäuscht war, als die Sache bei mir nicht verfing, wahrscheinlich, weil ich schon in meinen ersten Kinderjahren die Masern gehabt hatte. Jedenfalls ließ ich mich als kleines Kind mit dem größten Behagen in jede noch so leichte Unpäßlichkeit fallen, um dadurch ohne jedwede Anstrengung einen Glückszustand zu erringen, der mir auf andere Weise, durch Bravsein, nicht erreichbar war.

Heute weiß ich, daß die letzte Ursache dieser und ähnlicher Erfahrungen bei den Eltern liegt. Meist sind es von der Natur weniger hervorgehobene Mittelkinder, die weder die Vorteile des Erstgeborenen noch die des Nesthäkchens genießen, die sich auf diese Weise von Zeit zu Zeit Geltung verschaffen. Ich will hier ganz vom Simulanten absehen, bei dem die Sucht nach den Vorteilen einer „Krankheit" so stark ist, daß sie alle Hemmungen überwindet und bei gesundem Körper einfach eine Krankheit vorschwindelt. Ich denke vielmehr an wirklich erkrankte Kinder, die aber dank einer verkehrten Erziehung gar kein Interesse daran haben, gegen ihr Krankwerden anzukämpfen, vielmehr diesen Zustand wohliges Sichgehenlassens so oft wie möglich herbeiführen. Solche Kinder werden wochenlang krank, wo im gleichen Fall ein Erwachsener, der den lebhaften Willen zu schnellster Gesundung hat, vielleicht in ein paar Tagen kräftiger Gegenwehr mit der Krankheit fertig werden würde.

Der starke Genesungswille des Kranken ist ein Heilfaktor, der nach dem heutigen Stande der Medizin nicht mehr wegzuleugnen und nicht hoch genug einzuschätzen ist. Wir müssen also das Kind in jeder Weise in seinem Wunsch und Willen, gesund zu bleiben, unterstützen, anstatt durch falsche Erziehung das Gegenteil heraufzubeschwören. Niemals sollten deshalb Krankheitstage dem Kinde irgendwelche besonderen Vorteile bringen. Es bekommt die Pflege, die es braucht, aber nichts darüber hinaus. Keinesfalls sollte es viel bedauert und gestreichelt werden, als wäre Kranksein ein besonderes Verdienst. Viel richtiger ist es, man macht schon in gesunden Tagen den Kindern klar, daß jedes Krankwerden als Strafe unseres Körpers anzusehen ist, weil wir Fehler in seiner Behandlung oder unserer ganzen Lebensweise begangen haben. Da täte es wohl Wunder in mancher Kinderseele, wenn man hier und da das Wort des großen Menschen und Denkers W. Zimmermann zitierte: „Wenn ich noch einmal krank würde, so würde ich mich vor mir und meinen Mitmenschen schämen."

Jene Elternliebe, die das wirkliche Wohl des Kindes vom ersten Lebenstage im Auge hat, nimmt solchen Sehnsüchten den Boden, indem sie von vornherein alle übertriebene Verzärtelung vermeidet, die doch nur Schaden stiftet, weit über den Rahmen der hier gemachten Andeutungen hinaus. Wahre Elternliebe gibt andererseits dem Kinde, auch dem von der Natur weniger gut bedachten, zu allen Zeiten sein Recht. Das bedeutet nicht, die Eltern müssen sich mit dem einzelnen Kinde täglich stundenlang abgeben, sondern es bedeutet jene enge Verbundenheit, die immer wache Aufmerksamkeit, die jedem einzelnen zur rechten Zeit ein verstehendes Wort, einen tröstenden Blick nicht schuldig bleibt, auch wo eigentlich im Augenblick „keine Zeit" dazu wäre, sich in die kindlichen Angelegenheiten zu versenken. Ein Kind, dessen Zärtlichkeitsbedürfnis nicht durch übermäßiges Verhätscheln in der Kleinkinderzeit ungesund übersteigert wurde, das aber auch nicht aus Mangel an inniger Teilnahme an seiner Person im täglichen Leben darben muß, wird ein Kranksein weder bewußt herbeizuführen, noch künstlich in die Länge zu ziehen versuchen. Im wohlbestellten Haushalt einer Kinderseele wird vielmehr der natürliche Widerwille und Widerstand jedes lebendigen Geschöpfes gegen das Krankwerden überwiegen, den der vernünftige Erzieher so viel wie irgend möglich mit Wort und Beispiel unterstützen sollte.

Anni Weber (Minden).

Martha Kaegi

Um das bißchen Brot

Nachdruck verboten. (20. Fortsetzung.)

Das alles und noch mehr erzählte Frau Gehrig beim Bügeln. Auch sie will den Dienst verlassen. Sie wartet nur noch auf die Auszahlung des Legates, das der Herr ihr in Aussicht gestellt habe. Kürzlich hat sie darüber sogar ein Medium befragt. Aber der Geist habe zur Antwort kurz und klar auf die Tafel geschrieben: „Das liegt noch wohl am Zins!"

Ein Zwischenfall:

Vor ein paar Tagen kam Dorothea in Nöten zu mir und bat mich, ein Rezept zu begutachten, das ihr noch nie geraten sei. Nun hat es mit den Rezepten der Frau Weißenbach eine ganz eigene Bewandtnis. Sie sammelt sie mit Feuereifer überall, bei Verwandten, Bekannten, in Kochbüchern und Familienzeitschriften. Nur passiert ihr beim Kopieren regelmäßig, daß aus vier Eiern deren zwei werden, und aus einem halben Pfund ein Vierling, und das immer gerade bei den besten und teuersten Sachen. Auch bei dem Rezept, das Dorothea mir vorwies, war sichtlich manches verloren gegangen. Ich schlug ihr deshalb vor, sie solle das meinige verwenden, was auch geschah. Ich half ihr auch noch beim Zubereiten, und das Plätzchen muß Anklang gefunden haben, wenigstens kam nichts mehr zurück, und wir freuten uns schon. Aber noch am selben Abend wurde ich zu Frau Weißenbach beschieden. „Wie kommen Sie dazu, mein Rezept, das eine Spezialität und als solche wohldurchdacht war, zu verändern. Ich verbitte mir das. Es ist Ueberheblichkeit." Sie war sehr aufgebracht und erging sich noch lange über das Aergerliche, ja Empörende dieses Vorkommnisses. Ich erwiderte nichts.

* * *

Ich habe gekündigt.

Eingedenk meines ersten Erlebnisses dieser Art bin ich mit Zittern und Zagen zu Frau Weißenbach gegangen und — aufs angenehmste überrascht worden.

„Darf ich Frau Weißenbach um eine kurze Unterredung ersuchen?" „Bitte." Und schon nach den ersten Worten war sie von äußerster Liebenswürdigkeit. „Nehmen Sie, bitte, Platz. Darüber müssen wir in aller Ruhe reden, und ich hoffe nicht, daß das Ihr letztes Wort sein wird. Ich möchte auch Ihre Gründe kennen, denn in Ihrem Alter bricht man doch einen solchen Entschluß nicht einfach übers Knie. Also sagen Sie mir ganz offen, warum es Ihnen in meinem Hause nicht gefällt."

Wir sprachen lange und ich betonte immer wieder, daß diese Stellung nicht nur für mich, sondern ebenso auch für alle künftigen Hausdamen unbefriedigend sein werde. Es bestünden nur zwei Möglichkeiten: entweder wolle die Hausdame wirklich auch solche sein, dann werde es — nach oben wie nach unten — unliebsame Szenen absetzen. Bei der Stellung, die hier der Hausdame zugewiesen werde, werde sie keinerlei Autorität besitzen, sobald sie sich sollte einfallen lassen, gegenüber den Dienstboten die Zügel straff zu ziehen. Oder aber: die Hausdame resigniere und lasse den Dingen ihren Lauf. In beiden Fällen werde sie den Posten bald quittieren. Soviel ich wüßte, sei ich ja auch schon die dritte innerhalb drei Monaten.

„Ach, die anderen, das waren Dienstbotenseelen!"

„Entschuldigen Sie, Frau Weißenbach, gerade wenn es sich nicht um Dienstbotenseelen handelt, bleibt nur der eine Ausgang. Eine Hausdame, die zu einem anderen Schluß käme, könnte ich nur als Schleicherin taxieren."

„Ja, was soll ich denn machen?"

Stellen Sie Frau Gehrig als Haushälterin ein; in Tat und Wahrheit ist sie es ja schon lange. Sie ist eine tüchtige Arbeitskraft, kennt Ihren Haushalt gründlich und weiß sich nach unten Respekt zu schaffen."

„Unmöglich! Wer soll dann putzen und waschen? Auch paßt mir ihr Aeußeres nicht; sie ist zu sehr Dienstbote."

„Was Sie brauchen ist aber eine Haushälterin und nicht eine Hausdame, Frau Weißenbach, Sie werden sich nicht entschließen, die Zügel aus der Hand zu geben; die „Hausdame" ist infolgedessen gänzlich unselbständig und subalterne Kraft. Eine tüchtige Person macht da nicht lange mit."

Wir sprachen hin und her. Zwanzigmal Gesagtes wurde zum einundzwanzigstenmal gesagt. Ergebnis: Nach mir wird eine vierte Unglückliche eingestellt werden, mit gleich wenig Kompetenzen, mit dem gleich langen Bandwurm von Pflichtenzettel, und nach gleich kurzer Zeit wird auch sie von der Bildfläche wieder verschwunden sein.

Schließlich wurde ich huldvoll entlassen, nachdem ich versprochen hatte, noch bis zum 15. Oktober zu bleiben (da anfangs Oktober die Hochzeit des älteren Sohnes stattfinde und vorher und nachher Gäste erwartet würden). Ich gab das Versprechen zögernd, denn ich fürchte, daß nach dem 1. Oktober wirklich gute Stellen schwer mehr erhältlich sein werden. So bin ich wenigstens von der Steenvermittlerin informiert worden, die es ja wissen muß. Ich sprach das auch aus und sagte Frau Weißenbach, daß ich unbedingt auf Verdienst angewiesen sei. Worauf sie mich sehr beruhigte: es werde ihr nicht schwer fallen, mir solch eine Stelle, wie ich sie wünsche, zu verschaffen, da sie eine Menge Beziehungen habe, und man Leute wie mich in großen Häufern gerne nehme. Mit Speck fängt man Mäuse.

Uebrigens darf ich nächste Woche ein feudales Souper kochen für 25 Personen. „Damit Sie doch einmal in meinem Hause die Arbeit haben, die Sie befriedigt! Sie sehen, ich komme Ihnen entgegen, wo ich nur kann", schloß sie mit liebenswürdigem Lächeln.

Draußen wartete schon Frau Gehrig. Ich erzählte ihr alles (ausgenommen natürlich die Haushälterinnenfrage — wozu Oel ins Feuer gießen?). Sie lachte sehr, als sie vom Souper und meinem Auftrag hörte: „Daran erkenne ich unsere Frau. Sie ersparen ihr mindestens 25 Franken, da sie nun keinen Koch oder Köchin engagieren muß."

Als ich weiter von meinem Versprechen erzählte, schüttelte sie den Kopf — „eine kapitale Dummheit, Frau Kaegi. Sie werden zwischen Bank und Stühle fallen. Arbeit und Unmuß werden Sie hier haben, aber keinen Dank dafür und eine Stelle ebensowenig. Sie werden an mich denken. Sie hätten es machen sollen wie unsere letzte Hausdame: die hat der Frau Weißenbach gedroht, sie werde sie verschreien bei allen vornehmen Damen der Stadt — alles werde sie erzählen, alles! Daraufhin hat sie — doppelten Lohn bekommen und 14 Tage bezahlte Ferien, obgleich sie nur vier Wochen da war. So muß man unsere Frau behandeln. Darum werde auch ich ihr nächstens schreiben, das versprochene Legat scheine noch lange am Zins zu stehen, die Frau Gehrig habe aber keine Lust, sich mit dem Putzkessel zu verewigen."

Mir wurde ganz bange bei solchen Reden.

* * *

Gestern war nun das große Souper — nette Blamage.

Es gab Fisch mit zwei Zutaten, Rehschlegel mit komplizierten Beilagen und zweierlei Gemüse, eine kalte Platte und eine Glacéspeise. O diese kalte Platte! Damit sie sich ja nicht „hotelmäßig" präsentiere, durfte ich nicht garnieren. Dafür sah sie power aus.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter-Sport

Der Fußballsport vom Sonntag

Die Ausscheidungskämpfe um die Bezirksmeisterschaft.

Die Ausscheidungskämpfe um die Bezirksmeisterschaft erfüllten nur teilweise unsere Erwartungen.

Das Spiel Bertlich gegen Wanne nahm den gewünschten Verlauf. Wanne war hier nach einem flotten Kampf Sieger mit 4:0! In Wanne trennten sich Gladbeck-Zweckel und Schwarz-Weiß Rapen mit 2:2. Abgebr. wegen Dunkelheit! In Bertlich trug das Spiel demonstrativen Charakter. Horst-Emscher wurde mit 7:0 von den Nessern überfahren. In Gladbeck-Zweckel trennten sich Holsterhausen und Marl mit 2:0 für den letzteren.

Freundschaftsspiele.

Freiheit konnte einen knappen Sieg über Herwest-Dorsten landen, 2:1, Vorwärts Gelsenkirchen auf der Siegeslaufbahn gegen Buer-Hassel 3:1. Die Freie Turnerschaft Eickel konnte ein 2:1 gegen Eintracht Gelsenkirchen herausholen.

*

Die Ausscheidungsspiele um die Bezirksmeisterschaft

Wanne gegen Bertlich 4:0 (2:0).

Auf dem Platz im Stadtgarten in Wattenscheid wurde das Spiel obiger Vereine ausgetragen. Trotz des Sturmes hatte sich wieder eine Anzahl Zuschauer eingefunden, die Zeuge des spannenden Spieles sein wollten. Wannes Anstoß wird abgefangen. Bertlich versucht mit langen Vorlagen dem Tore der Wanner gefährlich zu werden, aber deren bombensichere Verteidigung war zur Stelle und alles wurde in Schach gehalten. Nach 34 Minuten Spieldauer kann der Mittelstürmer der Wanner den Ball ins Tor befördern, zwei Minuten später schon steht das Spiel 2:0. Bertlich versucht Dampf aufzusetzen, doch alles war vergebens. Pause. —

In der zweiten Spielhälfte ging es, obwohl die Bertlicher mit Wind spielten, wieder wie in der ersten Spielhälfte. Wanne kommt gut vor, 3:0. Bald schon heißt es 4:0. Bertlich kann jetzt Wanne eine Zeitlang zurückdrängen, doch mit einer heldenhaften Verteidigung war nichts anzufangen, alles wurde abgehalten. Dem Torwart muß ein besonderes Lob ausgesprochen werden, denn auch er trug viel dazu bei, daß sein Heiligtum rein blieb. Wanne dürfte jetzt Sonntag weiter in der Runde um die Bezirksmeisterschaft mitspielen. Bertlich scheidet aus. Vorher trafen sich die zweiten Mannschaften Bertlich gegen Sportfreunde Wanne West. Hier konnte letztere Mannschaft mit 8:0 siegreich bleiben. Bertlich war mit nur neun Spielern zur Stelle.

Gladbeck-Zweckel gegen Schwarz-Weiß Rapen 2:2 (1:1).
Nach Verlängerung wegen Dunkelheit abgebrochen.

Doch es kam anders, wie gedacht. Zum Teil werden die guten Platzverhältnisse dazu beigetragen haben, andererseits auch der schwere Sturm. Sofort nach Anstoß war man verblüfft über das flotte und gute Arbeiten der Rapener Mannschaft. Rapen schlängelt sich durch, aber ein guter Torwart macht alles zunichte. Unser alter Bezirkstorwart, Genosse Hühnerlage von Rapen, weiß sich seiner Haut auch zu wehren. Etwa nach 20 Minuten Spieldauer erreicht er jedoch den Ball nicht und Gladbeck führt. Mitte. Abstoß. Hier wurde den Rapenern ein Halt geboten, die Verteidigung war zur Stelle. Das Spiel nimmt an spannenden Momenten zu. Rapen weiß wieder vorzukommen und durch einen unhaltbaren Schuß kann der Ausgleich erzielt werden. Bis zur Pause ereignete sich nichts Nennenswertes. Nach der Pause scheint es, als wenn die Rapener die Oberhand bekommen sollten. Sie können auch mit 2:1 in Führung gehen. Gladbeck-Zweckel setzt alles auf eine Karte und drei Minuten vor Schluß fällt der Ausgleich. Rapen versucht nun wieder in Führung zu gehen, doch der Schiedsrichter pfeift ab. Die nun notwendige Verlängerung konnte wegen Dunkelheit nicht zu Ende geführt werden, so daß das Spiel eine Wiederholung erfahren wird.

Auch die zweiten Mannschaften obiger Vereine mußten sich mit dem Resultat 1:1 trennen.

Buer-Resse gegen V. f. L. Horst-Emscher 7:0 (2:0).

Rasensport Resse scheint sich die Vorschau zu Herzen genommen zu haben, denn gegen die technisch gute Elf der Horster wurde ein Bombenresultat herausgeholt. Sofort nach Anstoß ein blendendes Zusammenspiel der Horster, geschlossen geht es vor, doch die Läuferreihe, verbunden mit der Hintermannschaft (Verteidigung), wehrt alles ab.

Nach einem prachtvollen Vorstoß kann Resse in Führung gehen. — Nicht lange darauf heißt es 2:0.

Nach der Pause änderte sich das Bild nicht im geringsten. Horst muß sich seiner Haut wehren. Resse versteht es, in kurzen Abständen noch 5 Tore zu holen. Horst versucht alles, doch die körperl. schwere Elf läßt es zu keinem Erfolg kommen. Horst dürfte hiermit aus der Runde um die Bezirksmeisterschaft ausscheiden.

Marl gegen Sportfreunde Holsterhausen 2:0.

Marl konnte sich als Sieger behaupten. Weiteres wurde uns nicht mitgeteilt, so daß wir nichts veröffentlichen können.

Die 2. Mannschaft der Rasensportler von Dorsten holte ein 2:1 gegen Vorwärts Marl heraus.

Die Freundschaftsspiele.

Freiheit Gelsenkirchen gegen Herwest-Dorsten 2:1 (1:1).

Ein selten schönes Spiel wurde hier vorgeführt. Beide Mannschaften stellten hier wieder ihr Können unter Beweis.

Schon in den ersten 10 Minuten kann Herwest-Dorsten durch Elfer in Führung gehen. Nicht lange dauert der Spaß und schon hat Freiheit durch den Halbrechten gleichgezogen. Bis zur Pause ändert sich nichts an dem Resultat. In der zweiten Spielhälfte weiß der Halbrechte wieder einen guten Ball anzubringen, und der Sieg des Platzvereins war da.

Die 2. Mannschaft der Freiheitler konnte einen Sieg von 6:0 landen. Bis zur Pause schon 3:0.

Freie Turnerschaft Eickel
gegen Eintracht Gelsenkirchen 2:1 (2:0).

Es kam anders. Nur knapp konnte Eickel das Treffen für sich entscheiden. Sofort nach Anstoß ein flottes Hin und Her, Eickel weiß sich besser durchzusetzen, 1:0! Mitte, Anstoß und das Spiel steht 2:0. Es scheint, als wenn Eintracht leer ausgehen sollte, doch die zweite Spielzeit belehrte uns eines anderen. Eintracht war gar nicht wiederzuerkennen. Das Ehrentor konnte geholt werden, doch der Ausgleich nicht.

Die 2. Mannschaft der Eickeler konnte mit einem Siege von 4:0 aufwarten.

Sportfreunde Buer-Hassel
gegen Vorwärts Gelsenkirchen 1:3 (1:0).

Schon nach kurzer Spieldauer kann Buer-Hassel in Führung gehen durch einen Elfer. Vorwärts versucht den Ausgleich zu holen, doch vergebens. Bis zur Pause wird nichts erreicht. Nach der Pause dreht sich das Bild vollständig. Vorwärts' Läuferreihe ist zur Stelle. Die dirigiert den Sturm, und es kommt zu einem 3:1-Sieg.

Die 2. Mannschaft konnte mit einem 8:0-Sieg aufwarten.

Vor dem Wurfkreis

Ergebnisse, die der Vorschau entsprachen, brachte uns der Sonntag. Die einzelnen Umstellungen, die die einzelnen Vereine mit ihren Mannschaften vornahmen, brachten nur teilweise den gewünschten Erfolg.

Freie Turnerschaft Recklinghausen gegen Wanne 2:1 (1:0).

Recklinghausen konnte Wanne knapp, aber sicher schlagen. Die Freien Turner waren mit neuen Mannen angetreten, die sich vollauf bewährten.

Wanne war wohl technisch überlegen, doch vor dem Tore stand eine gute Hintermannschaft, die alles abwehrte.

Eintracht Recklinghausen gegen Bottrop-Boy 2:6 (2:2).

Eine Umstellung bei der Eintracht, die sich vollauf bewährte. Nur fehlte in der zweiten Spielhälfte der krönende Torwurf und, nicht zu vergessen, der nötige Zusammenhalt in der Mannschaft.

Eintracht Recklinghausen 2. — Sportfreunde Wanne West 1. 1:2.

Etwas derb, die Abfuhr, aber zu verstehen. Sehr viel Ersatz!

Eintracht Recklinghausen Turnerinnen
gegen Sportfreunde Wanne West Turnerinnen 0:0.

Haben die einzelnen Vereine nicht mehr nötig, die Vorschau zu melden? Die Eintrachtler Mädels entpuppten sich besser als gedacht, konnten sie doch den Western ein Paroli bieten.

Schwimmer Recklinghausen gegen Eickel 3:5 (2:1).

Die Schwimmer zeigten hier wieder, daß man mit ihnen nicht spaßen kann. Eickel, im Vollgefühl des Siegers, nahm die Leute aus dem nassen Element zu leicht. Diese machten sich das nutzbar — und schon war ein Tor gefallen. Bis zur Pause wurden noch je ein Tor beiderseits geworfen, 2:1. für die Schwimmer! Die 2. Spielhälfte brachte einige unliebsame Sachen. Zwei Mann der Schwimmer mußten vom Platz, der dritte ging freiwillig. Schwimmer nun noch mit acht Mann. Trotzdem führen sie ein offenes Spiel vor, konnten noch ein Tor werfen, doch hieß das Endergebnis 5:3 für Eickel. Die Schwimmer legten natürlich Protest gegen das Spiel ein.

Schwimmer Recklinghausen Schüler — Wattenscheid Schüler 10:0.

Auch hier eine derbe Abfuhr der Schüler von Wattenscheid. Der Gast war leider nur mit acht Mann zur Stelle.

Bertlich 1. gegen Vorwärts Marl 4:0.

Einen Sieg der Bertlicher. Der Sieg des Gastgebers war verdient.

Bertlich Turnerinnen gegen Bottrop Turnerinnen.

Das Spiel fiel wegen Nichtantretens der Boyer aus. Wer ersetzt nun dem Verein die Unkosten?

Gelsenkirchen-Heßler Turnerinnen — Eickel Turnerinnen 0:6.

Der Kreismeister war in Heßler und konnte dort obiges Resultat herausholen. Den Heßleraner Mädels möchten wir zurufen: Training und abermals Training. Nur das kann euch Tore bringen!

*

Spielangebot

Buer-Resse sucht für Sonntag, den 16. November, ein Spiel auf eigenem Platz für die 1b-Mannschaft, ebenso auch für die zweite.

Angebote gehen an Alfred Klädke, Buer-Resse, Luisenstraße 39.

*

13. Fußballbezirk

Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft.

Der zweite Sonntag der Spiele um die Bezirksmeisterschaft sieht folgende Paarungen vor (Bemerken möchten wir noch kurz dabei, daß Horst-Emscher und Bertlich ausgeschieden sind. Gladbeck-Zweckel und Rapen müssen nochmals antreten, da das letzte Spiel wegen Dunkelheit nach Verlängerung abgebrochen werden mußte):

Auf dem Platz in Buer-Scholven.

Gelsenkirchen-Heßler gegen Vorwärts Marl. Schiedsrichter: Badian.

Gelsenkirchen-Heßler (2.) gegen Sportfreunde Wanne West (2.). Schiedsrichter: Nagorski.

Aufsicht: Genosse Sametinger.

In dem Stadion in Buer-Resse.

Gladbeck-Zweckel gegen Schwarz-Weiß Rapen. Schiedsrichter: Goldhagen.

Gladbeck-Zweckel (2.) gegen Schwarz-Weiß Rapen. Schiedsrichter: Woytakowski.

Aufsicht: Genosse Buschor.

Auf dem Platze an der Reimersturnhalle in Wanne, Stöckstraße.

Röhlinghausen gegen Rasensport Buer-Resse. Schiedsrichter: Weichert.

Aufsicht: Genesse Schmidt.

Die Schiedsrichter und auch die Genossen, die die Aufsicht haben, erscheinen ohne Benachrichtigung.

Der Bezirksausschuß.

*

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Gau 12, Bezirk 7.

Hierdurch verweisen wir unsere Motorfahrer auf die zum 7. Dezember beschlossene Bezirksversammlung, die in Gelsenkirchen im Gewerkschaftshaus, Essener Straße, um 10 Uhr vormittags, beginnt. Etwaige Anträge und besondere Wünsche sind dem Obmann des Bezirks, dem Genossen Edmund Tetzlaff, Gelsenkirchen, Herbertstraße 2, vorher einzureichen.

Sodann sei noch bekanntgegeben, daß in der Konferenz in Datteln am 26. Oktober der Bezirksleitung in bezug auf die Fragebogen ein Fehler unterlaufen ist. Die Fragebogen müssen insgesamt der Bezirksleitung zurückgesandt werden. Es darf also der Fragebogen 3 nicht nach Offenbach geschickt werden. Es wird das weitere vom Bezirks- bzw. Gauleiter besorgt. Wir bitten nun, das beachten zu wollen und die Fragebogen sobald als möglich einzusenden.

Die Bezirksleitung.

Bücher und Zeitschriften

„Novemberverbrecher und Revolution."

Soeben erschien die Nr. 45 des Diskussionsorgans „Das Freie Wort". „Novemberverbrecher und Revolution" heißt der Leitartikel des Genossen Heilmann, der darlegt, „daß die Sozialdemokratie nichts zu vertuschen, nichts zu bereuen, nichts zu beschönigen habe". Was getan worden ist, war bester Dienst an der deutschen Arbeiterklasse, deren heiligste Aufgabe es bleibt, die Errungenschaften des 9. November zu erhalten.

Genosse Fritz Baade, der Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, legt die Gründe der Roggenpolitik dar, die seit dem letzten Jahr mit Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion getrieben worden ist, und setzt mit einer Kritik auseinander, die vom Institut für Konjunkturforschung herausgebracht worden ist. — Der Artikel des Genossen Grahmann „Vor einem neuen Kriege" stellt dem Völkerbund neue Aufgaben und weist neue Wege zu dem Ziele, daß der Völkerbund der Bund des Friedens werde, die Krönung der Kultur Europas. — In den Zuschriften zu dem Thema: „Parteiwerbung und Wählerpsychose" wird die Frage der Frauenarbeit und die Psychologie und Technik von Massenaufmärschen eingehender Untersuchung unterzogen. — Aussprache, Notizen und Parteinachrichten bieten gute Unterrichtung und reiches Material für alle Parteigenossen.

Das „Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet monatlich, durch die Post bezogen, 91 Pfennig. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pfennig durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probeexemplare versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

*

Die „Jungsozialistischen Blätter"

feiern im November ihr 10jähriges Jubiläum. 10 Jahre sind für eine Zeitschrift, die aus eigenen Mitteln sich erhalten muß und keinerlei Zuschüsse erhält, in unserer gegenwärtigen Zeit ein langer Zeitraum; und sie beweisen, daß eine solche Zeitschrift einem dauernden und nicht geringen Interesse begegnet.

Die „Jungsozialistischen Blätter" sind als Bildungsorgan der Jungsozialisten gedacht und sind im letzten Jahrfünft auf durchaus marxistischer Grundlage geleitet und aufgebaut worden. Zu ihren Mitarbeitern zählten eine Reihe deutscher und ausländischer Genossen, unter denen wir u. a. nur Max Adler (Wien), Anna Siemsen, Otto Jenssen erwähnen wollen.

Die Artikel der Novembernummer beziehen sich selbstverständlich zum weitaus größten Teil auf das Jubiläum der Zeitschrift, sind aber auch durch ihre Verbindung mit den aktuellen Problemen der Gegenwart, vor allem mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen von besonderer Bedeutung für weitere Kreise. Einen Ueberblick über die Geschichte der jungsozialistischen Bewegung gibt der Vorsitzende der jungsozialistischen Vereinigung, Franz Lewinski; im Zusammenhang damit steht ein Artikel, der den Durchbruch des Marxismus in der proletarischen Jugendbewegung schildert von Werner Korn (Leipzig). Max Adler (Wien) hat einen programmatischen Aufsatz über das Thema „Jugend und Politik" beigesteuert. Anna Siemsen beschäftigt sich mit der Regeneration der Partei im Zusammenhang mit den Aufgaben der jungen Generation und Otto Jenssen weist auf die Bedeutung des Jungsozialismus im Kampfe gegen den Nationalismus hin. Einen soziologisch interessanten Beitrag zur jungsozialistischen Frage bringt Ernst Fraenkel unter dem Titel „Jungsozialismus als Generationenproblem". Trude Wiechert (Hannover) und Dora Fabian (Berlin) versuchen neue Wege der Betätigung für die jungsozialistische Bewegung aufzuzeigen.

Die „Jungsozialistischen Blätter", herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten, erscheinen am 1. jeden Monats in der E. Laubschen Verlagsbuchhandlung GmbH., Berlin W. 30. Abonnementspreis monatlich 0,40 RM. Zu beziehen durch die Post, die Volksbuchhandlungen und direkt vom Verlag.

*

„Gesundheit",

Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband Deutscher Krankenkassen E. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137.

„Erkältungswetter" ist das Hauptthema für die November-Nummer der „Gesundheit", der vom Hauptvorstand Deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Kassenschaltern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. „Kalte Füße", „Soll man das Schlafzimmer heizen?", „Ungesunde Unmanieren" sind die Titel der einzelnen Aufsätze. Aus dem Gebiet der Kinderfürsorge werden das gefährliche Küssen und die moderne Schreibart der Schulkinder behandelt, aus dem Gebiet der Gewerbehygiene die Schutzbrille, aus dem Gebiete der Volksernährung die Bedeutung der Seefische. Ein Artikel „Die rote und die weiße Armee des menschlichen Blutes" vermittelt in volkstümlicher Weise Belehrung über einen der wichtigsten Lebensvorgänge. Ein Aufsatz „Verwendung und Wert der zahnärztlichen Füllungsmaterialien" soll den Versicherten einen Ueberblick gewähren über die üblichen und je nach Lage des Falles von den Kassen zugelassenen Arten der Zahnplombierung.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille". Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Sie brauchen nicht mehr selbst zu arbeiten.
besser und billiger sind Gonnpertz fertige Pelzbesätze
die großen Ago-Mantelkragen aus eigenen Werkstätten in fachkünstlerischer Verarbeitung
Besatzfelle
in allen erdenklichen Fellarten in nur kürschner-Qualitäten werden
jetzt kostenlos
in meinen Werkstätten lederfertig zu jeder Garnitur verarbeitet
Meine Fenster überzeugen Sie
Pelzwerk jeder Art nur vom Fachmann
Gonnpertz
Seit über 40 Jahren bewährt
Das große Fachgeschäft mit den kleinen Preisen
Gelsenkirchen

Die Professoren-Killer von Heidelberg

„Vier Jahre Mord" und das schlechte Gewissen der Feme-Freunde
Nazi-Sturm gegen einen „Unwürdigen" – Herr Abendroth führt die akademischen Landsknechte

Die Heidelberger Nazis und die ihnen verwandten reaktionär-faschistischen Verbände wollen zu einem großen Schlag ausholen. Das Objekt ihrer wüsten Hetze ist der außerordentliche Honorarprofessor an der Heidelberger Universität, Dr. E. J. Gumbel, ein Wissenschaftler von europäischem Ruf, dessen entschiedene linkspolitische Einstellung den nationalsozialistischen Finsterlingen und ihrem Hugenbergschen Stahlhelmgefolge ein Dorn im blauen Auge ist. Professor Gumbel hat sich den Putschisten vom Hakenkreuz besonders durch sein bekanntes Buch „Vier Jahre Mord" verhaßt gemacht, in dem er mit minutiöser Gründlichkeit das schauerliche und bestialische Treiben der rechtsradikalen Femeverbände, ihr Killsystem und ihre Waffenschiebungen aufgezeigt hat.

*

Man macht sich kaum einen Begriff davon, mit welcher Infamie die reaktionäre Meute gegen den bewährten Gelehrten hetzt. In der Universität werden Flugzettel eines obskuren „Aktionsausschusses der nationalen Studenten Heidelbergs" vertrieben, in denen der republikanische Gelehrte in der wüstesten Weise beschimpft und als „Unwürdiger" bezeichnet wird. Die faschistischen Studenten, deren persönlicher Mut sich durch die Tatsache besonders charakterisiert, daß diese widerlichen Schmähungen eines verdienten Mannes streng anonym ausgestoßen werden, besitzen die Unverschämtheit, Professor Gumbel in einem Propagandaplakat, das die Heidelberger Litfaßsäulen ziert, als „ungeeignet, die deutsche Jugend zu erziehen", zu diffamieren.

Aber noch nicht genug damit. Um den Treibereien die Krone aufzusetzen, haben die nationalsozialistischen Studenten eine Versammlung gegen den Gelehrten einberufen, zu der sie sich ein Mitglied der berüchtigten Mörderbrigade Ehrhardt, und zwar den Kapitänleutnant Abendroth, verschrieben haben. Kapitänleutnant Abendroth ist jener Rechtsbrecher, der seinerzeit den Putschistenhäuptling Ehrhardt durch List und Gewalt aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis befreit hat. In seinem Buch „Vier Jahre Mord" hat Gumbel auf diesen verbrecherischen Streich des Abendroth und die dunkle Rolle, die dieser Landsknecht in den Femejahren als Mitglied der Brigade Ehrhardt gespielt hat, mit aller Deutlichkeit hingewiesen.

*

Rektor und Senat der Heidelberger Universität stehen dem skandalösen Treiben des hoffnungsvollen akademischen Hitlernachwuchses entschieden ablehnend gegenüber und setzen sich voll und ganz für den angepöbelten republikanischen Dozenten ein. Der Universitätsrektor ist entschlossen, keinerlei Störungen der Universitätsordnung durch den akademisch gebildeten Pöbel der Hakenkreuzcouleur zuzulassen. In ein besonderes Licht wird die Attacke gegen Professor Gumbel übrigens noch durch die Tatsache gerückt, daß der Gelehrte auf einem völlig unpolitischen Gebiet, und zwar über Versicherungsmathematik, liegt.

Sturm an der Nordseeküste

Hamburg, 11. Nov. Seit gestern abend herrscht im Niederelbegebiet und im Küstengebiet der Nordsee schwerer Nordweststurm, begleitet von Regen und Hagelschauern. Helgoland meldete eine Windstärke von 20 Sekundenmetern. Die deutsche Seewarte spricht von der Gefahr eines neuen schweren Sturmes für die kommende Nacht. In der Unterelbe ist die Schiffahrt stark behindrt. In der Elbe und ihren Nebenflüssen steht das Wasser nachts um mehrere Meter über Normalhochwasser.

Von dem englischen Dampfer „Induna" traf in Wesermünde ein Funkspruch ein, daß er vor Wesermünde einen Fischkutter mit sieben Mann Besatzung in Seenot angetroffen habe. Nach einer Meldung des „Hamburger Fremdenblattes" ist anzunehmen, daß der Kutter gesunken ist und die Besatzung den Tod in den Wellen gefunden hat.

Rückkehr des „Graf Zeppelin" von der Hollandfahrt

Friedrichshafen, 11. Nov. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute nachmittag, von seiner Hollandfahrt zurückkehrend, um 2,10 Uhr glatt gelandet. Im Laufe des morgigen Tages findet voraussichtlich eine sogenannte Versuchs- oder Werkstättenfahrt statt.

Freiballon-Notlandung auf polnischem Gebiet

Posen, 11. Nov. (Drahtmeldung.) Am Sonntag vormittag 10 Uhr war auf dem Tempelhofer Feld in Berlin der Freiballon „Reichsmilch-Ausschuß" unter der Führung des Kapitänleutnants a. D. Kruse mit drei weiteren Personen zu einem Sportflug gestartet. Der Freiballon ist vom Wind über die Grenze getrieben worden und in der Woiwodschaft Posen im Kreise Schrimm niedergegangen. Offenbar konnte auf deutschem Gebiet wegen der Ueberschwemmungen kein Landungsplatz gefunden werden. Blättermeldungen zufolge sollen die Insassen von den polnischen Behörden festgenommen worden sein. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, befinden sich die betreffenden Herren auf freiem Fuß z. Z. im Hotel „Kontinental" in Birnbaum. Sie warten nur auf die Erledigung der Paßformalitäten.

Todessturz in der Sächsischen Schweiz

Berlin, 11. Nov. (Drahtmeldung.) In der Sächsischen Schweiz ist der Amtsgerichtsdirektor Ludwig Fuhrmann aus Leipzig, dem „Lokalanzeiger" zufolge, bei einer Wanderung im Schrammstein-Gebiet tödlich verunglückt. Die Leiche wurde geborgen.

Schweres Unwetter über Apenrade

Apenrade, 11. November. (Drahtmeldung.) Ueber Apenrade und Umgegend ging heute nacht ein furchtbares Unwetter, verbunden mit starkem Gewitter nieder. Ein Blitz schlug in das Gebäude der Deutschen Nordschleswigschen Zeitung ein. Die von mehreren Familien bewohnten beiden oberen Stockwerke des Hauses brannten völlig nieder, das untere konnte durch die Feuerwehr gerettet werden. Der technische Betrieb der Zeitung erleidet keine Störung, da die Maschinen sich in einem Nebengebäude befinden, das vom Feuer verschont wurde.

Ein Landjäger von zwei Verbrechern verwundet

Kempen (b. Krefeld), 11. Nov. Ein Oberlandjäger hielt heute auf der Straße St. Hubert-Kempen zwei verdächtige Burschen an und forderte von ihnen die Papiere, darauf zog der eine von ihnen sofort einen Revolver und feuerte. Die Kugel traf den Beamten in den Mund und trat hinter dem rechten Ohr wieder heraus. Die Burschen flüchteten und setzten sich im Hofe eines Gutes fest. Den Polizeibeamten und Gutsnachbarn gelang es schließlich, die Burschen festzunehmen. Er handelt sich um zwei Schwerverbrecher, die von der Polizei seit langem gesucht werden. Die Polizei äußerte den Verdacht, daß die beiden auch den Ueberfall auf den Krefelder Nachtwächter verübt haben, der wie seiner Zeit gemeldet, in der Nacht zum 8. Nov. von Unbekannten erschossen worden ist. Der Oberlandjägermeister wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Mord an einem Ehepaar

Ortelsburg, 11. November. Der Altbesitzer Komorin und dessen Ehefrau aus Reblau wurden am vergangenen Sonntag ermordet aufgefunden. Die Tat muß aber bereits am vergangenen Freitag verübt worden sein. Komorin hat zunächst mit einem Messer einen Stich in den Rücken erhalten; dann durchschnitt ihm der Mörder die Kehle. Die Ehefrau ist durch einen Axthieb betäubt worden, während der Tod durch einen Stich in die Herzgegend eintrat. Das ermordete Ehepaar hatte früher im Dorfe einen Besitz, den es aber später dem Sohn unter dem Vorbehalt eines Ausgedinges überließ. Das anfänglich gute Verhältnis trübte sich indessen bald so, daß die Eltern sich wieder einen kleinen Besitz pachteten. Dieser Sohn wurde gestern verhaftet. Gleichzeitig wurde noch ein gewisser Kukawka festgenommen.

„G 38" nach Paris gestartet

Lissabon, 11. Nov. Das deutsche Großflugzeug „G 38" ist heute morgen zum Weiterflug nach Paris gestartet.



Der lebende Leichnam

Kaufmann Saffran aus Rastenburg (Ostpr.), der sich nach einer Brandstiftung „beerdigen" ließ, jetzt aber verhaftet wurde.

Die Spur des Täters ist verloren...

DETEKTIVROMAN VON HERMANN DRESSLER

51) (Fortsetzung.)

Ich war so erstaunt über die Kombinationsgabe Tills, die das Vorhandensein dieser Aufzeichnung eigentlich nur aus der Grimasse geschlossen hatte, mit der Gramma hinter unserem Rücken seine Feindseligkeit zum Ausdruck brachte, daß ich nur ein verwundertes Kopfschütteln als Antwort geben konnte.

„Zweifelst du daran?" fragte Till. „Wir werden in dieser Skizze noch zu lesen verstehen, wenn wir an Ort und Stelle sind, verlaß dich darauf. Jetzt wäre es zweckloses Bemühen, das Gekritzel entziffern zu wollen, da wir die Bedeutung dieser stachligen Ringe, der Drei- und Vierecke nur an den in dem Gelände selbst vorhandenen Orientierungspunkten ermitteln können."

Er [illegible] sich neben mich, hielt sein Notizbuch nachdenklich auf dem Schoße und sah eine Zeitlang sinnend auf die sonderbaren Linien herab.

Die Zeichnung wies mehrmals schwache Doppellinien auf, die an gewissen Stellen eine stärkere Linie begleiteten. Dieser kräftige Strich bewegte sich in schlängelnden Linien, verlief dann ein Stück schnurgerade, wurde hin und wieder von kleinen und größeren unbeholfenen Winkeln durchschnitten oder von Kreisen berührt, die ringsum einen Kranz kleiner Striche trugen und endeten schließlich in einem Rechteck, welches nicht nur im Umfang angedeutet war, sondern ausgemalt war. In größeren und kleineren Entfernungen waren noch mehr solcher Rechtecke verschiedener Größen, doch einige davon bloß strichweise angedeutet.

Till schien sich diese Skizze einprägen zu wollen, oder war es nur eine Spielerei, die ihm die Langeweile vertreiben sollte. Ich sah, wie er sich nach einiger Zeit bemühte, den Riß aus dem Kopfe nachzuziehen, und daß seine Bleistiftspitze Linien auf dem Papier beschrieb.

Er sah längere Zeit darauf nieder, dann meinte er plötzlich: „Ich glaube, die Bedeutung der verschiedenen Zeichen erraten zu können, obgleich sie ganz willkürlich von ihrem Urheber gewählt worden sind."

Ich trat interessiert näher.

„Diese Stachelringe sollen vermutlich Bäume, Dornengebüsch oder besonders auffällige Exemplare von Stachelkakteen darstellen," erläuterte er, „die den Weg säumen, denn daß diese Linie hier einen Pfad bedeutet, ist klar. Die spitzen Winkel würde ich als Felsennase oder Gebirgsvorsprünge deuten, denn sie haben regelmäßig eine Abbiegung des Weges aus der ursprünglichen Richtung zur Folge. Du siehst große und kleinere dieser Zeichen. Hier z. B. flankieren fast am Ende des Pfades zwei solcher großer Zacken den Weg rechts und links. Das würde bedeuten, daß der Weg, kurz bevor er sein Ende erreicht, durch eine Art von Felsentor . . ."

Er brach plötzlich ab, wies mit der Hand hinaus auf die See und machte mich auf etwas völlig Gleichgültiges aufmerksam. Sein Notizbuch war im Augenblicke in der Tasche verschwunden.

Ich konnte mir freilich nicht erklären, welcher Umstand den Freund zu diesem sonderbaren Benehmen veranlaßte, bis er mir in der hohlen Hand seinen kleinen Konvexspiegel unauffällig hinhielt, dessen er sich bediente, wenn er Vorgänge in seinem Rücken beobachten wollte.

Der Spiegel hatte höchstens den Umfang eines Sektpfropfens, reflektierte aber infolge einer besonders gearteten Krümmung die Dinge auf ziemliche Entfernung haarscharf.

Da sah ich denn, daß [illegible] unseren Platz nicht weit von einem der Ventilatoren gewählt hatten, die mit ihren muschelförmig gekrümmten Trichteröffnungen allenthalben das Deck um anderthalb bis zwei Meter überragten.

Ueber den unteren Rand dieser Muschel schob sich eben vorsichtig spähend das schwarze Gesicht Grammas. Seine Augen stellten durch einen Rundblick fest, daß außer uns nur noch zwei jüngere Leute auf der Back weilten, die ihm aber ebenfalls den Rücken zuwandten. Dann blieben sie auf uns haften.

Da der Lauscher durch die helmartige Wölbung des Ventilatorenaufsatzes von allen anderen Seiten gegen Sicht geschützt war, verharrte er längere Zeit in dieser Stellung.

Seine schwarzen Fäuste hielten rechts und links die Wulst des Randes umklammert und so wirkte der Mann wie ein sprungbereit kauerndes Raubtier, das den Kopf zwischen die Vordertatzen geduckt hält und auf den geeignetsten Zeitpunkt wartet.

Till sprach mit Absicht englisch, obwohl wir uns sonst nur der deutschen Sprache zu bedienen pflegten. Vermutlich sollte der Schwarze verstehen, worüber wir uns unterhielten, um in seiner Erwartung, etwas auf ihn Bezügliches, zu hören, enttäuscht zu werden.

Daß wir dem schwarzen Burschen verdächtig geworden, war nun kein Zweifel mehr.

Wir wandten uns langsam um, um ihm Zeit zu lassen, nach seiner Meinung unbemerkt wieder zu verschwinden. Und richtig war auch die Ventilatorhaube leer, als wir nun von der Back nach mitschiff gingen.

„Wodurch wurdest du auf diesen Kerl aufmerksam, noch ehe er überhaupt auftauchte?" fragte ich nun Till verwundert.

„Ich hörte ein Keuchen aus dem Ventilatorenschachte dringen," erklärte mir Till. „Die eigentümliche Wölbung der Haube wirkt wie das Schallrohr eines Megaphons und wirft die durch das aufsteigende Rohr zusammengehaltenen Schallwellen gesammelt nach einer Richtung. Wir müssen sehr vorsichtig sein, der Kerl ist aufsässig geworden!"

„Was kann er gewollt haben?"

„Uns belauschen! Vielleicht hat er auch schon bemerkt, daß jemand in seine Koje eingedrungen ist und sofort Verdacht auf uns gehabt. Und nun versuchte er, sich den Beweis zu verschaffen."

„Ich vermute, daß du dabei so vorsichtig zu Werke gegangen bist und alles wieder genau so plaziertest, wie du es vorfandest, daß ihm dein Eindringen nachträglich nicht auffallen konnte."

Till zuckte die Achseln.

„Diese Schwarzen sind mißtrauisch. Vielleicht hat er sich irgendein verräterisches Zeichen ersonnen, das ihm meldet, wenn jemand seine Koje betrat. Wir werden gut tun, unter einer Verkleidung von Bord zu gehen, damit es ihm unmöglich ist, sich an unsere Spuren zu heften," erwog Till. „Da die Queen Elisabeth elf Tage in Sidney vor Anker geht, würde sich Gramma eine treffliche Gelegenheit bieten, unsere ersten Schritte zur Ermittlung des Aufenthaltsortes von Paul Steinitzer zu überwachen. Wenn meine Vermutungen von gestern zutreffen sollten, so liegt dem Schwarzen zwar nichts an der Person unseres Mannes, aber seine Interessen sind zu stark mit denen Steinitzers verknüpft, als daß er ihn ohne eine Warnung lassen könnte. Und das möchte ich unter allen Umständen verhüten, wenn der Erfolg unserer Unternehmung nicht in Frage gestellt werden soll."

(Fortsetzung folgt.)

Abrüstung ist die beste Gefallenen-Ehrung

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuß in Genf hat Dienstag vormittag die Frage der Beschränkung des Heeresmaterials für die Landrüstung erneut zu diskutieren beschlossen, und dabei auch die Methode der direkten Materialbeschränkung mit in die Diskussion einzuschließen. Graf Bernstorff erinnerte vor der Abstimmung daran, daß die deutsche Delegation im vorigen Mai sich bei dem Programm des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses hauptsächlich deshalb distanziert habe, weil die Frage des Materials überhaupt nicht in den Konventionsentwurf aufgenommen sei. Wenn man jetzt die Wiederaufnahme der Diskussion beschließe, so sei er damit einverstanden und er werde sich auch daran beteiligen. Es sei im übrigen unverständlich, wenn für die Seerüstungen die Begrenzung des Materials zugelassen werde, wenn man sie aber für das Landheer nicht gelten lassen wolle.

In der Debatte zeigte sich, daß die Neigung für eine direkte Materialbegrenzung im Ausschuß nur sehr gering ist.

Gegen 11 Uhr unterbrach der Vorsitzende Loudon die Verhandlungen, um die Mitglieder aufzufordern, allen Toten des Weltkriegs ein stilles, kurzes Gedenken zu widmen. Loudon erklärte: „Es ist heute der 11. November und 11 Uhr. Zu Ehren und zum Gedächtnis aller Toten des Weltkrieges bitte ich Sie, sich zu erheben und eine Minute andächtigen Schweigens den Toten zu widmen." Die Teilnehmer kamen dieser Aufforderung nach, erhoben sich von ihren Plätzen und verharrten ungefähr eine Minute in andächtigem Schweigen.

Die an der Washingtoner und Londoner Flottenkonferenz beteiligten Staaten haben heute dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß Vorschläge über die Behandlung der Marinefragen unterbreitet. Sie bezwecken Uebertragung der in Washington und London angenommenen Grundsätze in die allgemeine Abrüstungskommission.

Reparations-Denkschrift?

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat bei seinen Abstimmungen, wie bereits gemeldet, alle Anträge, die sich mit der Revision des Youngplanes, Herbeiführung eines Moratoriums usw. befaßten, abgelehnt. Aber er nahm einen Antrag der Wirtschaftspartei an, wonach unverzüglich eine Denkschrift über alle bisher vom Deutschen Reich an die früheren Feindbund-Staaten durchgeführten Leistungen fertiggestellt und veröffentlicht werden soll, als Grundlage für die endgültige Vereinigung der Reparationsfrage.

Fleischpreissenkung

in Frankfurt a. Main

Frankfurt a. M., 11. Nov. Die Frankfurter Schweinemetzger-Vereinigung teilt mit, daß sie in Berücksichtigung der Wirtschaftslage die Verkaufspreise für Schweinefleisch heute gegenüber dem Preise vom 1. August 1930 um 10 bis 20 Pfennig und die Preise für billige Wurstsorten um 20 bis 40 Pfennig je Pfund gesenkt habe, obwohl, wie es in der Erklärung heißt, die Einkaufspreise für lebende Schweine im Durchschnitt nur 5 RM. für den Zentner gesunken seien. Eine allgemeine Nachprüfung der Verkaufspreise sei auf Grund der gegenwärtig sich ergebenden Verhältnisse eingeleitet; sofort nach Vorlage dieser Ergebnisse werde an eine entsprechende Gestaltung der Preise gegangen werden.

Zustimmung zum Kirchenvertrag mit Preußen

Frankfurt-Main, 11. November. Die Landeskirchenversammlung der evangelischen Landeskirche Frankfurt-Main nahm auf ihrer sechsten ordentlichen Tagung in vertraulicher Sitzung den Bericht des Präsidenten des Landeskirchenrates D. Schulin über den Kirchenvertrag der preußischen evangelischen Landeskirchen mit dem preußischen Staat entgegen. Nach eingehender Beratung stimmte die Versammlung in später Abendstunde dem Vertragswerk einstimmig zu und beauftragte den Landeskirchenrat, den Vertrag mit dem preußischen Staat zu unterzeichnen.

Der Kommunismus in den Vereinigten Staaten

Washington, 11. November. (Reuter.) Der Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses, der sich mit der kommunistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten befaßt, gibt bekannt, daß die Zahl der organisierten Kommunisten 12 000 betrage und daß die kommunistische Partei elf Tageszeitungen in verschiedenen Sprachen und außerdem zwölf Wochenblätter mit einer durchschnittlichen Auflageziffer von 170 000 veröffentliche.

Regierungsrücktritt in Belgien

Die liberalen Mitglieder des belgischen Kabinetts Justizminister Janson, Außenminister Hymanns, Verkehrsminister Lippens, Postminister Foothomme und Kultusminister Vauthier haben ihren Rücktritt erklärt. Darauf traten die der katholischen Partei angehörenden Mitglieder des Kabinetts zusammen und beschlossen ebenfalls ihren Rücktritt zu erklären. Ministerpräsident Jaspar begab sich nachmittags nach Schloß Laeken, um dem König die Demission des Gesamtkabinetts zu unterbreiten. Der König hat sich eine Entscheidung über die Annahme der Demission noch vorbehalten.

Führerkrise in Mussolinien

Rom, 11. November. Die Vorsitzenden der Konföderationen der Landwirtschaft, der Industrie und der freien Berufe sind zurückgetreten. Der Korporationsminister hat Tassinari, Klinger und Bodrero als außerordentliche Kommissare mit der Leitung der genannten Konföderationen betraut. Tassinari und Bodrero gehören der Abgeordnetenkammer an.

Ein netter Kommunist

Der Herr über Leben und Tod polnischer Politiker

Warschau, 11. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der heutige „Robodnik" veröffentlicht die sensationelle Tatsache, daß der Untersuchungsrichter Demant, dem die gefangenen Abgeordneten von Brest-Litowsk unterstellt sind und der mit seinem Namen das unerhörte Vorgehen der Pilsudskiregierung gegen diese Gefangenen deckte, bis zum Jahre 1921 kommunistischer Kommissar in Sowjet-Rußland gewesen ist und nach Polen erst nach dem sowjet-russischen Kriege, finanziert von einem der Führer der polnischen kommunistischen Partei, zurückkehrte. Diesem ehemaligen Sowjet-Kommissar ist nun die Untersuchung gegen die Brester Gefangenen anvertraut worden, unter denen sich der Premierminister und mehrere Mitglieder der ehemaligen polnischen Regierung, die gegen Rußland Krieg geführt hat, und zahlreiche Offiziere, die gegen die Bolschewiken gekämpft haben, befinden. Da der polnische Justizminister über die Vergangenheit des Untersuchungsrichters informiert war, erscheint es erklärlich, daß Herr Demant mit seinem Namen das Vorgehen der Regierung gegen die Brester Gefangenen deckte, da er ja doch ganz in der Hand der Pilsudskisten ist. Der heutige „Robodnik", der eine öffentliche Klärung forderte, wurde beschlagnahmt.

Die Heimwehrminister sollen bleiben

So will es die Partei ohne Wähler

Wien, 11. November. (Eig. Drahtber.) Die durch die Wahl geschaffene Situation wird voraussichtlich nicht so schnell eine Klärung erfahren. Wahrscheinlich werden erst in der nächsten Woche die Verhandlungen über die Majoritätsbildung beginnen. Dadurch dürfte auch die Einberufung des Parlaments eine Verzögerung erfahren. Das christlich-soziale Neuigkeitsweltblatt meint, daß bis dahin auch die gegenwärtige Regierung im Amte bleiben werde. Gegenüber den Versuchen, für ein Zusammengehen der christlich-sozialen Abgeordneten mit dem Heimatblock Stimmung zu machen, erklärt das Blatt, daß das keine Lösung wäre, da auch damit keine Mehrheit geschaffen würde. Uebrigens habe sich ein großer Teil der antimarxistischen bürgerlichen Wähler für eine Politik der Mitte ausgesprochen und die Christlich-Sozialen müßten dieser Stimmung Rechnung tragen. Ob überhaupt ein enges Zusammengehen mit dem Heimatblock möglich wäre, sei von vornherein nicht zu bejahen. Man müsse da vornehmlich die Stimmung der christlich-sozialen Abgeordneten aus den Ländern hören, die den Kampf des Heimatblocks gegen die christlich-soziale Front zu fühlen bekamen. Dem Heimatblock käme eigentlich die Rolle einer Rechtsopposition zu. Aus Heimwehrkreisen erfährt das Blatt, daß diese als erste Bedingung der parlamentarischen Mitarbeit die Belassung der beiden Heimwehrminister ansehen. Die in Oesterreich auf der christlich-sozialen Liste gewählten Heimwehrleute dürften sich nicht der Heimwehrfraktion anschließen, sondern müßten in der Christlich-Sozialen Partei bleiben.

Endgültiges Wahlergebnis in Oesterreich

Wien, 11. Nov. (Drahtmeldung.) Nach der jetzt vorliegenden genauen Uebersicht über die bei den Nationalratswahlen am Sonntag abgegebenen Stimmen erhielten von den Parteien, welche Mandate errungen haben: Die Christlich-Sozialen 1 306 121, der Schober-Block 422 141, der Heimatblock 228 229, die Sozialdemokraten 1 509 755. Die Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen betrug 2 128 737, der marxistischen Stimmen 1 529 434 gegen 2 085 772 bezw. 1 555 754 im Jahre 1927.

Rekordjägerei im Berliner Sportpalast

21 Runden Rückstand ist eine Seltenheit

Die vierte Nacht des 24. Berliner Sechstagerennens nahm einen jagdenreichen Verlauf. Gleich nach Beendigung der 10-Uhr-Wertung wollte eine Mannschaft nach der anderen versuchen, ihren Stand im Gesamtergebnis des Rennens zu verbessern. Alle Versuche scheiterten. Lediglich das Spitzenpaar Krüger-Funda vermochte ihre Position zu behaupten, denn in der zwei Stunden währenden Jagd, gelang es einmal sogar den Mannschaften Ehmer-Tietz und Manthey-Maczinski ihre Verlustrunden gutzumachen und zur Spitze aufzuschließen, mußten aber bei dem dauernden Jagden bald die Ueberlegenheit von Krüger-Funda anerkennen und fielen dann im weiteren Verlauf des Rennens wieder eine Runde zurück. Die Franzosen Lemoine-Peix stellten sogar einen europäischen Rekord mit Verlustrunden auf. Diese Mannschaft, jenseits des Rheins, lag an letzter Stelle mit 21 Runden im Rückstand. Aber auch Mandelkow-Debruycker hatten es bereits bis auf 19 Runden gebracht. Kurz vor 12 Uhr gelang es dann den Franzosen durch die Nachsicht ihrer Konkurrenten, wenigstens vier ihrer Verlustrunden wieder gutzumachen und so den vorletzten Platz sich zu erobern. In den Spurts um 2 Uhr holte sich die Mannschaft Petri-Stübecke allein drei Siege, wovon auf Petri zwei und auf Stübecke ein erster Platz entfällt. Aber auch die anderen Mannschaften waren nicht faul nach den Anstrengungen der Jagden, sondern legten sich mächtig ins Zeug und sammelten Punkt auf Punkt. Die beiden Italiener Tonani-Dinale, die vorher mit einer Runde Rückstand den dritten Platz inne hatten, mußten jetzt mit dem achten Platz und sieben Runden Rückstand vorlieb nehmen. 1. Krüger-Funda 107 Punkte. Eine Runde zurück: 2. Ehmer-Tietz 95 Punkte. 3. Manthey-Maczinski 77 Punkte. Drei Runden zurück: 4. van Kempen-Schön 185 Punkte. 5. Rieger-Kroschel 110 Punkte. Vier Runden zurück: 6. Rausch-Hürtgen 70 Punkte. Fünf Runden zurück: 7. Pijnenburg-Braspenning 100 Punkte. Sieben Runden zurück: 8. Tonani-Dinale 109 Punkte. 9. Lehmann-Wissel 57 Punkte. Dreizehn Runden zurück: 10. Petri-Stübecke 157 Punkte. Siebzehn Runden zurück: 11. Lemoine-Peix 67 Punkte. Neunzehn Runden zurück: 12. Mandelkow-Debruycker 52 Punkte.

Beim Berliner Sechstagerennen gab es am Dienstag nachmittag wieder heftige Jagden. In der zweiten Spurtserie unternahm Piet van Kempen den ersten Vorstoß und gab so das Zeichen zu einer wilden Jagd, in der vornehmlich die Kölner Rausch-Hürtgen die Helden waren und sich mit vier Rundengewinnen auf den vierten Platz vorschieben konnten. Auch van Kempen-Schön konnten Terrain aufholen. Nach 91 Stunden hatte das Spitzenpaar 2165,760 Kilometer zurückgelegt. Der Stand war um diese Zeit folgender: 1. Krüger-Funda 113 Punkte. 1 Runde zurück: 2. Ehmer-Tietz 102 Punkte. 3. Manthey-Maczinski 81 Punkte. 4. Rausch-Hürtgen 74 Punkte. 2 Runden zurück: 5. van Kempen-Schön 204 Punkte. 6. Rieger-Kroschel 110 Punkte. 5 Runden zurück: 7. Dinale-Tonani 120 Punkte. 6 Runden zurück: 8. Pijnenburg-Braspenning 125 Punkte. 9. Lehmann-Wissel 63 Punkte. 16 Runden zurück: 10. Petri-Stübecke 178 Punkte. 20 Runden zurück: 11. Lemoine-Peix 68 Punkte. 21 Runden zurück: 12. Debruycker-Mandelkow 58 Punkte.

*

Vor ausverkauftem Hause ging der vierte Tag des Berliner Sechstagerennens zunächst ruhig zu Ende. In den ersten Abendstunden mußte Stübecke wegen einer Schulterverletzung aufgeben. Petri fuhr als Ersatzmann weiter. Nach dem vierten Abendspurt setzte eine lange Reihe heftiger Jagden ein, die das Feld wieder völlig durcheinander brachten.

Der Stand um 23,20 Uhr:

1. Rausch-Hürtgen 75 Punkte. 2 Runden zurück: 2. Rieger-Kroschel 120 Punkte. 3. Ehmer-Tietz 117 Punkte. 3 Runden zurück: 4. van Kempen-Schön 214 Punkte. 5. Manthey-Maczinski 89 Punkte. 4 Runden zurück: 6. Dinale-Tonani 129 Punkte. 5 Runden zurück: 7. Pijnenburg-Braspenning 148 Punkte. 8. Krüger-Funda 129 Punkte. 10 Runden zurück: 9. Lehmann-Wissel 63 Punkte. 22 Runden zurück: 10. Debruycker-Petri 71 Punkte. 23 Runden zurück: 11. Lemoine-Peix 73 Punkte.

Lohnkonflikt in der Rheinschiffahrt

Duisburg, 11. Nov. Die Verhandlungen der Rheinschiffahrt (Arbeitgebergruppe) mit den Gewerkschaften über eine Neuregelung des Lohn- und Gehalttarifes, sind heute endgültig gescheitert. Die Rheinschiffahrtsbetriebe wollen nun versuchen, durch eine unmittelbare Verständigung mit ihrem Personal zu einer Senkung der Löhne zu gelangen. Die erforderlichen Maßnahmen sind bereits eingeleitet worden.

Kabinettsausschuß für Preissenkung

Berlin, 11. Novbr. (Drahtmeldung.) Das Reichskabinett beschäftigte sich heute unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther mit Fragen der Preis- und Arbeitspolitik. Die weitere energische Förderung der auf eine umfassende Preissenkung gerichteten Tendenzen wurde einem Kabinettsausschuß anvertraut, der in dauernder engster Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen stehen wird. Ferner wurden noch Fragen der Arbeitsstreckung, eines weiteren Schuljahres und der Zulassung von ausländischen Wanderarbeiten erörtert, über die noch Verhandlungen mit den Ländern geführt werden.

Schalke 04 vom W. S. V. ausgeschlossen

Wiederum beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung die Spruchkammer des Westdeutschen Spielverbandes mit dem FC. Schalke 04. Die Spruchkammer stellte Schalke vor ein Ultimatum, wonach diese die Satzungen des WSV. und des DFB. anerkennen sollten. Die Schalker baten sich jedoch eine 14tägige Frist zur Beantwortung aus, die aber inzwischen verstrichen ist. Hierauf hat die Spruchkammer Schalke 04 aus dem WSV. ausgeschlossen, doch gilt der Ausschluß lediglich bis zum Zeitpunkt der Erklärung des FC. Schalke 04 sowie zur Zahlung der Strafe von 1400 Mark und der Kosten von 200 Mark.

Wilde Jagden beim Chikagoer Sechstagerennen

Dülberg-Dortmund an dritter Stelle mit einer Runde zurück

Auch die erste Nacht des Chikagoer Sechstagerennens brachte eine Reihe erbitterter Jagden, die den Gesamtstand auseinanderrissen. Gut hielten sich hierbei der deutsche Dülberg mit seinem Partner J. Walthour, die den dritten Platz mit einer Runde Rückstand hinter Spencer-Hill und Letourneur-Guimbrietiere, während Buschenhagen-Richli weiterhin vier Bahnlängen zurück an 10. Stelle liegen. Nach 24 Stunden, um 9 Uhr abends, waren 631,500 Kilometer zurückgelegt und der Stand folgender: 1. Fred Spencer-Hill 19 Punkte, 2. Letourneur-Guimbrietiere 4 Punkte, 1 Runde zurück: 3. Dülberg-Walthour 13 Punkte, 2 Runden zurück: 4. Binda-Linari 40 Punkte, 5. G. Debaets-Belloni 36 Punkte, 6. Giorgetti-Broccardo 28 Punkte, 7. Mac Namara-Beckman 24 Punkte, 8. Kockler-Rodack 16 Punkte, 4 Runden zurück: 9. Charlier-Deneef 50 Punkte, 10. Buschenhagen-Richli 23 Punkte.

10 Alsberg Tage

45 ₰ | 90 ₰ | 3.90 | 1.90 | 2.90

Hochwertige

Baumwollwaren zu Serien-Preisen

Handtücher nur Ia. Gerstenkorn . . . **3** Stück **0.90**, **2** Stück **45** ₰

Handtuchgebild bekannt gute Qualität **4** Meter **90**, **3** Mtr. **90**, **2** Mtr. **45** ₰

Hemdennessel ca. 80 cm breit, solide Qualität . . . . . **5** Meter **90** ₰

Bettuchnessel ca. 160 cm breit, ganz enorm billig . . . . . **1½** Meter **90** ₰

Damast in Blumen- u. Streifen-Mustern, 130 cm breit, Mtr **90** ₰, 160 cm breit **1½** Mtr. **1.90**

Roh- und Bleichköper außergewöhnlich billig **1½** Meter **90**, Meter **45** ₰

Ein großer Posten

Hemdentuch

80 cm breit, nur **erstklassige** Qualitäten mit geringfügigen Fehlern, Ausnahmepreis

3 Meter **90** ₰ — 2 Meter **45** ₰

Haustuche 150 cm breit, für solide Bettücher . . . . . **1½** Meter **190**, Meter **90** ₰

Schlafdecken volle Größe, nur Qualitätsware 3.90, 2.90 **1.90**

Bettwäsche

So lange noch der Vorrat reicht!

Kissenbezüge aus Ia. Grundstoffen . . . Stück **390, 290, 190** **90** ₰

Bettücher aus Ia. Haustuch und Halbleinen, solide Qualität **3.90, 2.90** **1.90**

Tischwäsche

8 000 Stück

Servietten hervorragende Qualitäten . . **6** Stück **90**, **3** Stück **45** ₰

Tischtücher volle Größe, Ia. Qualitäten . . **3.90, 2.90** **1.90**

Alsberg
Gelsenkirchen Akt Ges

---

17. Nov. 20 Uhr — Hans-Sachs-Haus

Städtisches Konzert

Klavierabend ELLY NEY

Werke von Bach, Mozart, Beethoven, Chopin, Liszt.

Eintrittspreise: Mk. 4.—, 3.—, 2.—, 1.—. Karten im Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228, in den bekannten Verkaufsnebenstellen und an der Abendkasse.

Konzert-Flügel Steinway & Sons, Hamburg, aus dem Pianohaus Ed. Hilger, Essen (Börsenhaus).

Gelsenkirchen.

Bekanntmachung.

Die Gasabnehmer werden gebeten, Gasmesser und Kellerleitungen durch Schließen der Kellerfenster, nötigenfalls noch durch Bedecken und Umwickeln mit Stroh oder anderem sauberen Material

gegen Frost zu schützen.

Aus Gasbadeöfen und Gasmotoren ist bei Frostgefahr das Wasser abzulassen. Reparaturkosten für eingefrorene Messer usw. hat der Gasabnehmer zu tragen. Rat und Auskunft wird in unserer Verkaufsstelle im Hans-Sachs-Haus, Ebertstraße, und im technischen Büro, Florastraße 7, bereitwilligst erteilt.

Gelsenkirchen, den 11. November 1930

Städtische G. W. E.-Werke.



K.-H. Maschine **39.50**
K.-H. Maschine verz. **48.-**
Nr. 29 **51.-**
Nr. 29 verz. **57.-**
Nr. 22 v. K. **63.-**
Nr. 22 Juwel **68.-**

Zahlungserleichterung.

Durch Waggonbezug **Größte Auswahl**

Deckt Euren Bedarf an Büchern in der „Volksbuchhandlung“

Wenn Sie bedenken

daß wir ca. 30 bis 40000 Pfd. Bettfedern u. Daunen, ca. 15000-20000 m Inletts ständig auf Lager haben, - daß wir über 400000 Kunden in mehr als 10000 Orten Deutschlands belieferten,

dann kaufen Sie Bettfedern u. Inletts nur noch bei

BETTFEDERNFABRIK
J. PASSMANN A.-G.
GRÖSSTES SPEZIALHAUS DEUTSCHLANDS FÜR OBER-U.UNTERBETTEN, KISSEN, PLUMEAUX
GEGR. 1884

ESSEN VIEHOFERSTR. 58 — GELSENKIRCHEN KREUZSTR. 14

ENGROSHAUS F. WIEDERVERKÄUFER ESSEN KÖNIGSTR. 57.

Sag's Schneller durch Anzeigen

Schuhe

gut und **billig** in großer **Auswahl** kaufen Sie in der

Schuh-Halle
J. Nußbaum
nur
Kirchstr. 28

Beachten Sie bitte meine 10 Schaufenster

Balatum

der TEPPICH für JEDERMANN

150/200	200/250	200/300
ℳ 6.30	ℳ 10.50	ℳ 12.60

Heimann-Rottkamp
en gros — en detail
Gelsenkirchen, Kreuzstraße 8 (Alter Markt)
Dortmund, Westenhellweg 73, Rheinischestraße 47, Hansastraße 84
Schwerte, Hörder Straße 15
Herne, Bahnhofstraße 44

GEWERKSCHAFTLICH GENOSSENSCHAFTLICHE VERSICHERUNGSAKTIENGESELLSCHAFT

Volks-fürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,1 Millionen Versicherte mit **870 Millionen RMark Versicherungssumme, 115 Millionen RMark Vermögen,** davon

Eigentum der Versicherten:
über 80 Millionen RMark Prämienreserve,
über 20 Millionen RMark Gewinnanteile,
zusammen **über 100 Millionen RMark**

Versicherungsleistungen: 11 Millionen RMark
seit November 1923 (Ende der Inflation)

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle:
Essen, Schillerstr. 1-5[10], **„Hansa-Haus“** (Am Hauptbahnhof)
oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57-61